

JÖRN LEONHARD

Politik – ein symptomatischer Aufriss der historischen
Semantik im europäischen Vergleich

Politik – ein symptomatischer Aufriss der historischen Semantik im europäischen Vergleich

Jörn Leonhard

I. Antike und frühneuzeitliche Inkubationen der Politik-Semantik

Stärker als in der Semantik anderer politisch-sozialer Begriffe lässt sich für das Wortfeld ›Politik‹ ein von der Antike bis zur Frühen Neuzeit reichendes Bedeutungsspektrum konstatieren, das für nachfolgende Bestimmungen immer wieder als entscheidender Anknüpfungspunkt fungierte. Die aristotelische Bestimmung der Politik war, so vor allem in ihrer Betonung des Spektrums von Herrschaftsformen, offen genug, um es nachfolgenden Rezipienten zu erlauben, Teilaspekte der Politiklehre herauszugreifen. Die Analyse der griechischen *poieis* brachte Deutungskategorien hervor, die den Autor selbst überdauerten. Die griechisch-lateinische Gelehrtensprache bot dafür ein hervorragendes Medium. Erst mit der Übertragung der antiken Universalkategorien auf einzelne Volkssprachen im Laufe der Frühen Neuzeit begann vor dem Hintergrund je besonderer Erfahrungszusammenhänge eine komplexe semantische Differenzierung.¹ Davon ausgehend lassen sich zunächst zwei Bedeutungsstränge unterscheiden: Der aristotelische Politikbegriff stand im Kontext der praktischen Philosophie, während sich seit Machiavelli, Hobbes und Bacon ein rationalistisch-empirischer Politikbegriff entwickelte. Politik und Ethik wurden von Plato in einem Buch behandelt, und auch bei Aristoteles blieb dieser Zusammenhang noch prägend. Der antike Politikbegriff zielte nicht allein auf eine bloße Erhaltung des Lebens, sondern verband dies mit dezidiert moralischen Werten im Sinne einer Sicherung des Lebens in Freiheit und auf der Basis positiver Tugendwerte. Diese Bestimmung, die vor allem auf den dynamischen Charakter eines Gegenstandes zielte, unterschied sich vom Erkenntnisanspruch der *episteme* als Ausdruck strenger Wissenschaft. Insofern galt für die antike Begrifflichkeit von Politik nicht logische Notwendigkeit, sondern die

1 Vgl. Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung, in: ders., Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt/M. 2006, S. 365–401, hier S. 391–395.

Möglichkeit von Wahlfreiheit in der Praxis. In der römischen Antike lagerten sich verschiedene Begriffe an das Deutungsmuster Politik an, die auf ein adäquates Situationsverständnis zielten, so vor allem *phronesis* und die von Cicero betonte *prudentia*, deren Semantik noch Edmund Burke im 18. Jahrhundert aufnahm, wenn er von *political prudence* sprach.²

Auch in der mittelalterlichen Semantik des Wortfeldes blieb in der Verknüpfung von antiken und christlichen Bestimmungen die moralische Dimension des Politikbegriffs bestehen, die Thomas von Aquin mit dem Ziel des guten Lebens nach den Maßstäben christlicher *virtutes* in Verbindung brachte.³ Die Verdrängung der transzendent bestimmten Moral aus der Semantik der Politikbegrifflichkeit vollzog sich erst in der Frühen Neuzeit. Dabei markierte zunächst vor allem Italien den Erfahrungsraum eines veränderten Begriffsverständnisses. Die moralisch-pädagogische Ausrichtung der überkommenen Fürstenspiegelliteratur wurde bei Niccolò Machiavelli von einer Theorie der Möglichkeiten ersetzt, um die Existenz eines Staatswesens zu erhalten. Dabei zeigte sich in der Semantik des Politik-Wortfeldes eine ausgesprochene Nähe zum Ideal der Stadtrepublik. Die Ausdrücke »vivere politico« in der italienischen und »vivere civile« sowie »vivere libero« in der lateinischen Form bezeichneten für Machiavelli die republikanisch geprägte Lebensform einer Gemeinschaft. Die Republik stand für eine Ordnung, in der unparteiische, allein dem Gemeinwohl dienende Gesetze für Sicherheit, Gerechtigkeit und Stabilität sorgten. Gleichheit unter den Bürgern schloss Freiheit von Willkür und Gewalt mit ein. Den Gegensatz zum »vivere politico« bildete die Tyrannis als Willkür- und Gewaltherrschaft eines Einzelnen, die sich nicht durch Gesetze und Verfassungen einschränken ließ. Den *principe nuovo*, der im Gegensatz zur bürgerlichen Lebensordnung stand, charakterisierte Machiavelli an keiner Stelle mit dem Etikett »politico« oder »civile«. Im Sinne des »vivere politico« war der neue Fürst als Ausdruck eines neuartigen Herrschaftsverständnisses ein Ergebnis der Legitimationskrise der oberitalienischen Stadtrepubliken. Ob der *principe nuovo* ein despotischer Zerstörer der Republik war oder ein Neugestalter der republikanischen Verfassung, der nach der Wiederherstellung von Freiheit und Selbständigkeit zurücktrat – er stand außerhalb des Bereichs des »vivere politico«.⁴

2 Vgl. Klaus von Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, München 1986, S. 19–20.

3 Vgl. Thomas von Aquin, Ausgewählte Schriften zur Staats- und Wirtschaftslehre, Jena 1923, S. 83; vgl. Beyme, Theorien [wie Anm. 2], S. 20.

4 Rinaldo Rinaldi (Hg.), Opere di Niccolò Macchiavelli, Volume Primo, De Principatibus/ Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio (libri I–II), Turin 1999, XXV, S. 562–564; vgl. Dolf

Einen tiefgreifenden Erfahrungsumbruch, der sich langfristig auf die Semantik von Politik auswirken sollte, markierte das Zerbrechen der kirchlich-konfessionellen Einheit und die Epoche der Religionskriege im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Im Religionsfrieden von Augsburg 1555 wurde deutlich, dass Frieden und Einheit der Religion nach dem Einschnitt der Reformation und der von ihr ausgehenden konfessionellen Bürgerkriege zum ersten Mal getrennt wurden. Der Politikbegriff des 17. Jahrhunderts gründete auf diesem Erfahrungsumbruch und den Versuchen, ihm mit Kompromissen zu begegnen.⁵ Die Krisenerfahrung seit dem 16. Jahrhundert katalysierte nicht allein das stärkere Auseinandertreten von Moral und Politik. Diese Entwicklung öffnete die Semantik auch für neue Bestimmungselemente. So traten jetzt Fragen nach den Bedingungen stabiler Gemeinwesen, nach der politischen Erziehung und nach einem tendenziell wissenschaftlich-empirischen Anspruch von Politik in den Vordergrund. All diese Elemente lassen sich in der Semantik des Wortfeldes ›Politik‹ im 16. und frühen 17. Jahrhundert nachweisen, obgleich antike Bestimmungselemente auch im 16. Jahrhundert keinesfalls verschwanden. Vielmehr setzte in dieser Phase die charakteristische Überlagerung von tradierten und neuen Bedeutungselementen ein. So hob die *Politica Onderwijs*, eine 1582 in Mechelen publizierte Erziehungslehre, auf das Ideal einer politischen Erziehung in Anlehnung an Cicero und den klassischen Republikanismus ab. Die Sicherung der politischen Freiheit sei nicht allein Sache des Staates. Freiheit, Handel und Wohlfahrt müssten durch jeden einzelnen Bürger verteidigt werden.⁶

Bei Thomas Morus und Francis Bacon lässt sich eine weitere tendenzielle Veränderung der Semantik des Politik-Wortfeldes nachweisen, indem nun zur Frage der Existenzsicherung der *res publica* unter den Bedingungen der politischen Krise und der konfessionellen Konflikte ein wissenschaftlicher Anspruch trat, der nicht allein auf überkommene Naturlehren, sondern explizit auch auf die Bereiche von Logik, Moral und Politik angewendet werden sollte. Im *Novum Organon* Bacons hieß es entsprechend: »Auch könnte jemand fragen: ob wir bloß die Naturlehre auf diese unsere Weise bearbeitet sehen möchten

Sternberger, Machiavellis ›Principe‹ und der Begriff des Politischen, Wiesbaden 1974, S. 8–11 u. 24–31; Wolfgang Kersting, Niccolò Machiavelli, München 1988, S. 125–126.

5 Vgl. Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft der frühen Neuzeit*, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1989, S. 23.

6 *Politica Onderwijs*, Mechelen 1582, S. b [sic!]; vgl. Martin van Gelderen, *The Machiavellian Moment and the Dutch Revolt: The Rise of Neostoicism and Dutch Republicanism*, in: Gisela Bock/Quentin Skinner/Maurizio Viroli (Hg.), *Machiavelli and Republicanism*, Cambridge 1990, S. 205–224, hier S. 216.

oder auch andere Wissenschaften, wie Logik, Moral, Politik? Hierauf zur Antwort, dass wir alles bisher Gesagte ganz allgemein verstanden wissen wollen.«⁷

Die Genese des souveränen Staates äußerte sich angesichts der konfessionellen Bürgerkriege als Versuch, Politik und Religion konsequent voneinander zu trennen. Der Staat reklamierte für sich die Beherrschung der Zukunft, und Theologen und Politiker sollten für getrennte Sphären stehen. So betonte der von religiösen Verfolgungen direkt bedrohte Hugo Grotius: »hütet Euch, Politiker, vor den allzu übermütigen Theologen«.⁸ Johannes Althusius begriff Politik als Einigung der natürlichen Lebensgenossenschaften. Als deutscher Jurist streng calvinistischer Ausrichtung legte er eine frühe systematische Behandlung des Gegenstandes vor. Auf Aristoteles rekurrierend und als Calvinist argumentierend verstand er Politik als gottgewolltes Gegenstück zu der von ihr klar getrennten Kirche. Politik, so Althusius, entstand demnach aus bündischen Strukturen, die sich aus den Lebensnotwendigkeiten der Zusammengeschlossenen ergaben:

»Politik ist die Lehre vom Zusammenleben der Menschen. Es bildet sich nach ihren Regeln, es wird nach ihnen geführt und erhalten. Deswegen heißt Politik auch »Kunst der Zusammenführung« [...] Die Entstehung eines Zusammenlebens zu fördern, ist der Sinn der Politik. Die Gemeinschaftsbildung geschieht durch ausdrückliches oder stillschweigendes Übereinkommen. Damit verpflichten sich die Zusammenlebenden zur Einigung über alles, was zum genossenschaftlichen Leben nötig und nützlich ist.«⁹

7 Francis Bacon, *Novum Organon*, I, 127, in: Wolfgang Krohn (Hg.), *Francis Bacon, Neues Organon*, Hamburg 1990, *Liber Primus* (*Aphorismi de Interpretatione Naturae et Regno Homini*), CXXVII, S. 262: »Etiam dubitabit quispiam, potius quam objiciet, utrum nos de naturali tantum philosophia, an etiam de scientiis reliquis, logicis, ethicis, politicis, secundum viam nostram perficiendis loquamur. At nos certe de universis haec dicta sunt intelligimus, atque quemadmodum vulgaris logica, quae regit per syllogismum, non tatum ad naturales, sed ad omnes scientias pertinet«; vgl. Beyme, *Theorien* [wie Anm. 2], S. 20–21.

8 P.C. Molhuysen (Hg.), *Hugonis Grotii, De iure belli ac pacis. Libri Tres*; In quibus ius naturae et gentium, item iuris publici praecipua explicantur, Leiden 1919, *Lib. II, Cap. XXII, § XV*, S. 438: »Hoc quoque monebo non frustra, sed quia veteribus recentia conferens magnum malum, ni caveatur, praevideo, iustam belli causam non dare spem conceptam ex aliqua divinorum vaticiniorum explicatione. Nam praeterquam quod quae nondum impleta sunt oracula interpretari certo vix contingit sine prophetico spiritu, etiam rerum certarum latere nos possunt tempora, ac postremo praedictio, nisi expressum adsit Dei mandatum, ius nullum dat, cum Deus quae praedixit, saepe per improbos homines, aut pravas actiones ad exitum ire permittat«.

9 Carl-Joachim Friedrich (Hg.), *Politica Methodice Digesta* of Johannes Althusius (Althaus), Cambridge/Mass., 1932, *Caput II, De privata domesticae & naturalis consociationis communicatione, ejusque specie priore, nimirum de consociatione conjugali*, S. 20: »De generalibus Politicae hucusque, Sequitur de speciebus consociationis, seu vitae symioticae. Consociatio omnis est duplex: una simplex, privata: altera mista, publica«; vgl. Carl Joachim Friedrich, *Die Politische Wissenschaft*, München 1961, S. 105, sowie Horst Dreitzel, *Althusius in der Geschichte des Föderalismus*, in Emilio Bonfatti/Giuseppe Duso/Merio Scattola (Hg.), *Politi-*

II. Die semantische Ausdifferenzierung von ›Politik‹ vom späten 17. Jahrhundert bis zum Ende des Ancien régime

Seit dem späten 17. Jahrhundert und vor allem im 18. Jahrhundert lassen sich in der Semantik von Politik stärker nationalsprachlich transportierte Erfahrungshintergründe nachweisen. Die universellen Bedeutungselemente, wie sie zuvor in den politischen Metasprachen des Lateinischen und Griechischen vorhanden waren, traten nun tendenziell zurück oder katalysierten die Differenzierung von Bedeutungselementen in verschiedenen historischen Kontexten. Für die komparativ ausgerichtete Analyse bedeutet dies, die diachrone Perspektive durch den synchronen Vergleich unterschiedlicher semantischer Stränge zu ergänzen.¹⁰ Angesichts der Komplexität der zeitgenössischen Politik-Begrifflichkeiten kann dies hier nur in symptomatischer Zuspitzung geschehen, wobei für das 19. und 20. Jahrhundert die deutsche Entwicklung im Vordergrund steht.¹¹

1. Frankreich: ›Politique‹ auf dem Weg zum despotismuskritischen Oppositionsbegriff

In Frankreich diente zunächst die Pluralbildung *polices* zur Bezeichnung der Verfassungsformen nach aristotelischem Vorbild. So wurde der natürliche

sche Begriffe und historisches Umfeld in der *Politica Methodice Digesta* des Johannes Althusius (Wolfenbütteler Forschungen 100), Wiesbaden 2002, S. 49–112, hier S. 67–68 und 72.

10 Vgl. zur methodischen Problematik der vergleichenden historischen Semantik Jörn Leonhard, *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 61–74 u. 81–85.

11 Vgl. als Vorarbeiten und einführende Literatur: Volker Sellin, *Politik*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* [im Folgenden GGb], Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 789–874; Karl Rohe, *Politik: Begriffe und Wirklichkeiten*, Stuttgart 1978; Dolf Sternberger, *Drei Wurzeln der Politik*, Frankfurt/M. 1978; Kari Palonen, *Politik als ›chamäleonartiger‹ Begriff*, Helsinki 1985; ders., *Politik als Handlungsbegriff*, Helsinki 1985; ders., *Die Thematisierung der Politik als Phänomen*, Helsinki 1989; Arnold J. Heidenheimer, *Politics, Policy and Policy as Concepts in English and Continental Languages: an Attempt to Explain Divergences*, in: *Review of Politics* 48 (1986), S. 3–30; Hans Maier, *Der Begriff der Politik*, in: *Zeitschrift für Politik* 34 (1987), S. 370–382; Gabriel A. Almond/Russell J. Dalton/G. Bingham Powell, Jr./Kaare Strom (Hg.), *Comparative Politics Today*, 4. Aufl. Glenview 1988; Klaus von Beyme, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1992; Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/M. 1993; Antonia Grunenberg, *›Anders sein, anders scheinen ...‹ – Wandlungen im Begriff des Politischen*, in: Michael Th. Greven (Hg.), *Politikwissenschaft als kritische Theorie. Festschrift für Kurt Lenk*, Baden-Baden 1994, S. 331–351.

Wechsel der Verfassungsformen als Grundlage des Revolutionsbegriffes definiert: »telle est la révolution naturelle des polices«.¹² Das Etikett »politique« selbst hatte bei den französischen Enzyklopädisten einen scheinbar neutralen und sachbezogenen Sinn, wobei die antike *prudentia* als Tugendbegriff orientierend wirkte.¹³ »La philosophie politique est celle qui enseigne aux hommes à se conduire avec prudence, soit à la tête d'un État, soit à la tête d'une famille«. Diderot unterstrich die Wandlungen des Begriffsfeldes seit der antik-aristotelischen Bestimmung:

»La face de la terre a éprouvé tant de révolutions, et les mœurs ont si fort changé, que ce qui était très-sage dans le temps où Aristote écrivait ne serait rien moins que cela si on le mettait maintenant en pratique. Et voilà sans doute la raison pourquoi de toutes les parties de la philosophie la *politique* est celle qui a le plus éprouvé de changements, et pourquoi, parmi le grand nombre d'auteurs qui ont traité de cette science, il n'y en a pas un seul qui n'ait proposé un emanière différente de gouverner. Nous ne parlerons ici que de ceux d'entre les modernes qui se sont rendus les plus célèbres par leurs ouvrages sur la *politique*«.

Der Begriff »politique« wurde im frühen 18. Jahrhundert aus dem Bereich der universal konnotierten Moralphilosophie abgeleitet, was noch einmal die lange semantische Dauer der antik-aristotelischen Bestimmungen widerspiegelte. Die neue semantische Qualität wurde erkennbar, als *politique* von der Praxis der absoluten Monarchie unterschieden wurde und damit eine tendenziell oppositionelle Konnotation erhielt. Entsprechend dominierte in Diderots Artikel zu *politique* ein antagonistisches Bestimmungsmuster. Der moralischen Konnotation, die an Prämissen des klassischen Republikanismus anknüpfte, stand die politische Praxis der Monarchien gegenüber, die aus dem moralisch legitimierten Politikbegriff heraus kritisiert wurde:

»C'est dans les monarchies que les *grâces* sont plus intimement liées avec le principe de ce gouvernement: l'honneur est relatif; il suppose donc des distinctions: la vertu, principe des républiques, les exclut, pour ainsi dire; l'honneur en exige, mais il en dédaigne plusieurs: il faut aussi que la nature des *grâces* suive la marche de l'honneur, sans quoi l'enchantement de ce gouvernement ne subsistera plus, l'opinion serait détruite«.¹⁴

12 Louis Le Roy, *De la vicissitude et variété des choses en l'univers*, Paris 1577, S. 15 r°, zitiert nach: Karl-Heinz Bender, *Revolutionen. Die Entstehung des politischen Revolutionsbegriffes in Frankreich zwischen Mittelalter und Aufklärung*, München 1977, S. 24; vgl. Koselleck, *Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs*, in: ders., *Vergangene Zukunft* [wie Anm. 5], S. 71.

13 Vgl. zur folgenden Interpretation Reinhart Koselleck, *Kritik und Krise* (1959), Frankfurt/M. 1973, S. 170.

14 Denis Diderot, »Politique (Philosophie)«, in: *Œuvres complètes de Diderot. Étude sur Diderot par J. Assézat*, Tome XVI (1876), Nendeln/Liechtenstein 1966, S. 340–346, hier S. 340

Trat für die staatskritische französische Aufklärung die moralische Konnotation der *vertu* in den Vordergrund, wurde »politique«, wenn der Wortgebrauch sich auf despotische Herrschaft bezog, abgewertet. »Politik« sah man dann in der degenerierten Hofkultur und der Verbindung zwischen monarchischem Staat, Kirche und Privilegienordnung verkörpert.

Pierre Bayle hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch einen Eigenbereich des Politischen registriert, allerdings vor allem den Aspekt der semantischen Flexibilität von *politique* im Hinblick auf die Akteure erkannt:

»Les politiques ont un langage à part et qui leur est propre; les termes et les phrases ne signifient pas chez eux les mêmes choses que chez les autres hommes ... Par exemple, en terme de politique, jurer sur les saints évangiles qu'on observera tel ou tel traité, signifie quelquefois simplement qu'on le jure, et non pas qu'on l'observera en effet; il signifie même quelquefois qu'on n'en fera rien: le commun des hommes n'entend pas ce langage; mais les politiques l'entendent bien, et ils prennent leurs mesures selon cela.«¹⁵

Beaumarchais ließ seinen Figaro am Ende des Jahrhunderts dagegen betonen, der Politiker mystifiziere alles und jeden, ohne dass sich dahinter ein Geheimnis verberge. Angesichts des besonderen Erfolgs des *Figaro* darf man hier auch auf eine entsprechende Erwartungshaltung des sensibilisierten Publikums schließen. Bei Beaumarchais stand *politique* für opportunistische Prinzipienlosigkeit und die moralische Degeneration des Ancien régime. Hoffnung bot allein das Vertrauen in die natürliche Durchsetzung der aufgeklärten Vernunft, der die *politique* als Ausweis der monarchischen Despotie notwendig unterliegen müsse.¹⁶

Auch der Verweis auf das antike Vorbild trug zur Aufladung der Politik-Semantik mit despotismuskritischen Elementen bei. Dies lässt sich exemplarisch an der verbreiteten Kritik an der zeitgenössischen Entfremdung zwischen Bürgern und Militär zeigen, die zu einem festen Bestandteil des aufgeklärten Diskurses in Frankreich wurde. In seinem einflussreichen *Essai général de tactique* betonte Jacques de Guibert 1770 das Vorbild der antiken »constitutions politiques«. Vor dem Hintergrund stehender Söldnerheere und fehlender Anerkennung des Militärs als Verkörperung der Nation fiel der Kontrast zur Antike um so deutlicher aus. In der Gegenwart gehe es darum, die militärische und politi-

(Hervorhebungen im Text), sowie Denis Diderot, »Politique, Grâce«, in: ebd., S. 346–350, hier S. 347–348. (Hervorhebungen im Original); vgl. Koselleck, Kritik [wie Anm. 13], S. 170.

15 Pierre Bayle, *Dissertation sur les libelles diffamatoires*, in: ders., *Dictionnaire historique et critique* (1694–1702), Nouvelle édition, Bd. XV, [Reproduktion der Ausgabe: Paris 1820–1824] Genf 1969, S. 148–189, hier S. 182; vgl. Koselleck, Kritik [wie Anm. 13], S. 170.

16 Beaumarchais, *La Folle Journée, ou le Mariage de Figaro*. Théâtre complet de Beaumarchais, réimpression des éditions princeps par G. d'Heylli et de F. de Marescot, tome 3, Genf 1967, S. 165–166., vgl. Koselleck, Kritik [wie Anm. 13], S. 170.

sche Verfassung nach dem antiken Vorbild wieder in Übereinstimmung zu bringen:

»C'est la bonté de leur milice, la vigueur de leur discipline, l'éducation guerrière de leur jeunesse, l'espèce de leurs peines et de leurs récompenses. C'est ce rapport important qui liait leurs constitutions militaires à leurs constitutions politiques. Aucun de ces objets ne semble intéresser les gouvernements modernes. Il n'y en a point qui ait calculé le nombre et la constitution de ses troupes, sur la population de ses Etats, sur la politique, sur le génie national.«¹⁷

Kurz vor Ausbruch der Revolution trat der Versuch einer Wiederannäherung von »rapports politiques« und »rapports morales« als Ausdruck der aufgeklärten Prinzipien in den Vordergrund, um die Distanz zur negativ konnotierten *politique* der Monarchie hervorzuheben. Es ging nicht mehr primär um die Frage der äußeren Staatsmacht, die man mit Monarch und Dynastie verband, sondern um die moralische Stärke der Nation, aus der zugleich ihr politisches Selbstbewusstsein abzuleiten war. Die *nation belliqueuse* fand sich im *roi connétable* nicht mehr adäquat repräsentiert: »J'ai dit que l'on considère surtout la nation sous les rapports politiques de [la] puissance, mais sans exclure d'autres rapports, qui soient généraux et communs à tout peuple, ou plutôt à tous les peuples de l'Etat, surtout les qualités morales.«¹⁸ Sieyès sah im Blick auf die englische Verfassung in »politique« 1789 einen Ausdruck monarchischer Hilflosigkeit angesichts des permanenten Kampfes politischer Gruppen im Parlament. Den eigentlichen Gegenbegriff dazu erkannte er in »nation«:

»Le gouvernement est en Angleterre le sujet d'un combat continuel entre le ministère et l'aristocratie de l'opposition. La nation et le roi y paraissent presque comme simple spectateurs. La politique du roi consiste à adopter toujours le parti le plus fort. La nation redoute également l'un et l'autre parti. Il faut, pour son salut, que le combat dure; elle soutient donc le plus faible pour l'empêcher d'être tout à fait écrasé.«¹⁹

Durch die Erfahrung der Revolution und der von ihr ausgehenden Kriege änderte sich der semantische Zusammenhang von *histoire* und *politique*. Beide wurden als sinnstiftende Verknüpfung zwischen Geschichte und revolutionärer Gegenwart aufeinander bezogen. Der programmatischen Absetzung gegenüber dem Ancien régime entsprach 1796 eine historische und politische

17 Jacques de Guibert, *Essai général de tactique*, précédé d'un discours sur l'état actuel de la science politique et de la science militaire en Europe avec le plan d'un ouvrage intitulé: *La France politique et militaire*, Leyde 1770, wieder in: ders., *Ecrits militaires 1772–1790*. *Essai général de tactique et Traité de la Force Publique*. Préface et notes du général Menard, Paris 1977, S. 51–240, hier S. 79.

18 Abbé Roubaud, *Nouveaux Synonymes françois*, 4 Bde., Paris 1785, hier Bd. 3, S. 241.

19 Emmanuel Sieyès, *Qu'est-ce que le tiers état?*, Paris 1839, S. 118–119, Anm. 1; vgl. Wolfgang Jäger, *Opposition*, in: GGB, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 469–517, hier S. 482.

Erziehungslehre, die auf die Verfassung und die Kriegserfolge der aus der Revolution hervorgegangenen französischen Nation setzte: Der Heranwachsende beginne durch diese Hinweise »son cours d’histoire et de politique. Dans le bagage d’un soldat partant pour l’armée, il y aura un exemplaire de la Constitution, et quelques cahiers des Fastes du peuple français: ce sera son vade mecum.«²⁰ So zeigte die französische Entwicklung im 18. Jahrhundert zunächst eine ideologische Polarisierung und Aufwertung von »politique«, entweder als despotismuskritischen Oppositionsbegriff oder als Ausweis einer seit 1789 rückschrittlichen Position. Doch reichte die semantische Prägung von »politique« nicht an die ideologisch-polemische und identifikationsstiftende Qualität anderer zeitgenössischer Begriffe wie »révolution« oder »nation« heran.

2. Großbritannien: »Men as united in society« – Die semantischen Schichten des Wortfeldes zwischen Tugendbildung und empirischem Anspruch

Wie in Frankreich stand »Politik« als Bezeichnung für eine Kunst oder Wissenschaft im englischen Diskurs nicht im Gegensatz zu *moral* und *virtue*. Charakteristisch bleibt vielmehr die Mehrdeutigkeit des Begriffes. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts fungierte *moral philosophy* als ein Überbegriff für »Ecclesiastickes, Oeconomickes, and Politickes«.²¹ Vor dem Hintergrund der Konflikte zwischen Krone und Parlament im 17. Jahrhundert und angesichts der intensivierte politischen Diskurse differenzierte sich seit den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts das semantische Spektrum des Wortfeldes. Das lässt sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen nachweisen: Neben Rekursen auf die Metapher der »politic body of the state«, wie sie beispielsweise in Theaterstücken vorkamen²², stach bei Milton 1644 das Ziel einer vorurteilsfreien Betrachtung von relevanten Akteuren und Institutionen hervor: »The next removal must be to the study of politics; to know the beginning, end, and reasons of political so-

20 Jacques-Grasset Saint-Sauveur, *Les Fastes du peuple français, ou tableaux raisonnés des principales actions héroïques et civiques du soldat et du citoyen français. Ouvrage orné de gravures, représentant les belles actions, traits de courage, de bienfaisance, de patriotisme et d’humanité qui ont illustré la nation française*, Paris 1796, S. 1–2.

21 Martin Fotherby, *Atheomastix; clearing foure truthes, against atheists and infidels*, London 1622, II, XIV, §2, S. 356.

22 Philip Massinger, *The Emperor of the East. A Tragæ-Comedie*, London 1632, Kapitel III, S. I–II; vgl. auch Francis Bacon, *On Boldness*, in: Edward Arber (Hg.), *Francis Bacon, A Harmony of Lord Bacon’s Essays*, Birmingham 1871, S. 519.

cieties.«²³ Auch die begriffliche Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre wurde in der zeitgenössischen Begriffsbestimmung sichtbar, so etwa bei Swift, der 1701 die »distinction between the personal and politick capacity« ansprach.²⁴ Negative Konnotationen des Wortfeldes lassen sich vor allem für das späte 16. und frühe 17. Jahrhundert nachweisen. Hier ging es um die polemische Abgrenzung und Identifikation von ideologischen Unterscheidungsmerkmalen politischer Akteure, so etwa bei Samuel Butler, als er den Begriff des »nominal Politician« 1680 gegen Harrington verwandte: »A Republican is a civil Fanatic, an Utopian Senator; and as all Fanatics cheat themselves with Words, mistaking them for Things; so does he with the false Sense of Liberty [...] He is a nominal Politician, a faithful and loyal Subject to notional Governments, but an obstinate Rebel to the real.«²⁵ Eine weitere negative Konnotation des Wortfeldes hob auf Opportunismus, Rücksichtslosigkeit und Verfolgung eigener Interessen ab. Dabei verwischten zunächst auch noch die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Raum. 1667 sprach man von der »craftiest and politiquiest sort of knaves«, 1710 vom »Politick or Cunning Man [...] one that knows how to compass his End«.²⁶ Diese negative Semantik blieb erhalten. So stigmatisierte Burke 1792 seine Gegner mit der Bemerkung: »They are not so weak as to [...] imagine that you or I are playing any politic game with regard to them.«²⁷ Auch die komplexe Interaktion zwischen parlamentarischer Elite und einer politisierten Öffentlichkeit, die sich in England als Ergebnis der Krise des 17. Jahrhunderts seit dem frühen 18. Jahrhundert entwickelt hatte, fand in der Semantik des Wortfeldes ihren Niederschlag: »The Coffee-house Politicks are but Fewel to Factions.«²⁸

Seit dem frühen 18. Jahrhundert trat als neues Bestimmungselement des Wortfeldes die Abgrenzung gegenüber den kontinentaleuropäischen Staaten hervor. Shaftesbury betonte 1723, England unterscheide sich von der auf dem Kontinent fehlenden Orientierung am öffentlichen Wohl durch seinen »Sense

23 John Milton, *The poetical works of John Milton: with a memoir and seven embellishments*, o. O. 1847, S. 100.

24 Jonathan Swift, *A Discourse of the Contests and Dissensions between the Nobles and the Commons in Athens and Rome, with the consequences they had upon both those states*, in: ders., *Works*, Bd. 2, London 1755, I, S. 50.

25 Zitiert nach Charles W. Davis (Hg.), *Samuel Butler, Characters*, Cleveland/London 1970, S. 355, vgl. Lucian Hölscher, *Utopie*, in: GGB, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 733–788, hier S. 761.

26 Stephen Primatt, *The City and Country Purchaser and Builder*, London 1667, S. 12; John Norris, *A Treatise concerning Christian Prudence; or, the Principles of practical wisdom, fitted to the use of human life*, London 1710, Kapitel II, S. 95.

27 Edmund Burke, *Correspondence of the Right Honourable Edmund Burke: between the year 1744 and the period of his decease*, in 1797, Bd. 4, London 1844, S. 27.

28 *The Humours and Conversations of the Town, expos'd in two dialogues. The first of the men, the second of the women*, London 1693, S. 42.

of Government: »We must have the Notion of a Publick, and a Constitution [...] Our increasing Knowledge shows us every day, more and more, what Common Sense is in Politicks: And this must of necessity lead us to understand a like Sense in Morals.«²⁹ Das Nomen »politics« als Bezeichnung für ein Handlungsfeld wie auch das Adjektiv »political« wurden also nicht primär nur zur Abqualifizierung des Staates und der Regierung genutzt, sondern konnten auch für ein positives Selbstbild der englischen Nation stehen. 1729 setzte sich Daniel Defoe energisch für einen Krieg gegen Spanien ein. Dabei ging es ihm nicht allein um den karibischen Handel und die Verteidigung der »British nation«, sondern vor allem um die disziplinierende Wirkung des Krieges nach innen und eine Stärkung der ursprünglichen »political senses« der ganzen Nation: »A war will [...] stop the mouth of clamour [sic!], compose the heads of the people [...] a war will put the nation's spirits in circulation, dissolve and disperse all our lethargick mists and vapours, and restore us to our political senses, which for some time have been bewilder'd with doubts and amusement.«³⁰

Für John Locke blieb die »politic society« auch bestehen, wenn sich die Regierung selbst auflöste.³¹ *Politic* beschrieb für Locke nicht allein den Bereich des staatlichen Handelns und der staatlichen Herrschaftsausübung. An Hobbes angelehnt erkannte er vielmehr eine moralische Verpflichtung, jene Gesetze zu befolgen, die von der Gesellschaft selbst verabschiedet wurden. In dieser Politik-Semantik grenzte Locke sich von der einseitigen Machtvollkommenheit fürstlich-absoluter Staaten auf dem europäischen Kontinent ab. Die englische Politik-Semantik reflektierte im frühen 18. Jahrhundert von daher sehr deutlich die Ergebnisse der krisenhaften Konflikte zwischen Krone und Parlament im 17. Jahrhundert. Sie gründete auf einem spezifischen Sonderbewusstsein, das auf das 1688 institutionalisierte Gleichgewicht von *King*, *Lords* und *Commons*, aber auch auf die Verschränkung von Parlament und außerparlamentarischer Öffentlichkeit, mithin auf ein idealisiertes Bild der Interessenrepräsentation und des Interessenausgleichs durch die aristokratischen Parlamentsparteien setzte: »There is scarcely any man in England of what denomination soever, that is not a free-thinker in politics, and hath not some particular notions of his own by which he distinguishes himself from the rest of the community.

29 Anthony Earl of Shaftesbury, *Sensus communis. An Essay of the Freedom of Wit and Humour*, in ders., *Characteristicks of Men, Manners, Opinions, Times*, zweite korrigierte Auflage, ND Farnborough 1968, S. 108, vgl. Jäger, *Opposition* [wie Anm. 19], S. 442.

30 [Daniel Defoe], *Reasons for a War, in order to establish the Tranquillity and Commerce of Europe*, London 1729, S. 32.

31 Peter Laslett (Hg.), *John Locke, Two Treatises of Government*, Cambridge 1967, §220, S. 429, vgl. Koselleck, *Kritik* [wie Anm. 13], S. 177.

Our island, which was formerly called a nation of saints, may now be called a nation of statesmen.«³²

David Hume knüpfte 1742 in seinem Essay *That Politics may be reduced to a science* an den bereits von Morus und Bacon formulierten wissenschaftlichen Anspruch der Politik-Begrifflichkeit an. Bereits 1739 hatte er definiert: »Politics consider men as united in society, and dependent on each other.«³³ Der Begriff »politics« stand bei ihm für ein aus der Wirkung von Gesetzen ableitbares universelles Spektrum von Erfahrungswerten und Handlungskonzepten, die er von der Sphäre situativer menschlicher Affekte trennte:

»So great is the force of laws, and of particular forms of government, and so little dependence they have on the humours and tempers of men, that consequences almost as general and certain may sometimes be deduced from them, as any which the mathematical sciences afford us [...] It may therefore be pronounced as an universal axiom in politics, That an hereditary prince, a nobility without vassals, and a people voting by their representatives, form the best Monarchy, Aristocracy, and Democracy. But in order to prove more fully, that politics admit of general truths, which are invariable by the humour or education either of subject or sovereign, it may not be amiss to observe some other principles of this science, which may seem to deserve that character [...] Legislators, therefore, ought not to trust the future government of a state entirely to chance, but ought to provide a system of laws to regulate the administration of public affairs to the latest posterity. Effects will always correspond to causes; and wise regulations in any commonwealth are the most valuable legacy that can be left to future ages.«³⁴

Mit der sich seit den fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts und vor allem seit dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg verschärfenden Kritik an überkommenen Formen der Ämterpatronage und der korruptionsanfälligen Praxis der Vergabe von Parlamentssitzen verband sich eine tendenzielle Ideologisierung des englischen Politikbegriffs. Die außerhalb des Parlaments formulierte, immer radikalere Kritik am System der parlamentarischen Repräsentation griff das Wortfeld in diesem Sinne auf, so in James Burghs *Political Disquisitions* von 1774 oder in Daniel Eatons *Politics for the People*.³⁵ Aber auch in den positiven Repliken auf die verbreitete Kritik am politischen System und die Neigung zur

32 Freeholder Nr. 53, Freitag, 22. Juni 1716, in: Joseph Adison, *The Freeholder*, ed. with an Introduction by James Lehem, Oxford 1979, S. 263–266, hier S. 263, vgl. W. E. Lecky, *A History of England in the 18th Century*, Bd. 1, London 1892, S. 75, sowie Koselleck, *Kritik* [wie Anm. 13], S. 177.

33 David Hume, *A Treatise on human nature ... and dialogues concerning natural religion*, Bd. 1, o. O. 1874, S. 307.

34 David Hume, *That Politics may be reduced to a Science*, in: ders., *Essays, Moral, Political, and Literary*, London 1742, Part I, Essay III, S. 4, 8 und 12.

35 James Burgh, *Political Disquisitions*, 3 Bde., London 1774; vgl. Harry T. Dickinson, *Liberty and Property. Political Ideology in Eighteenth-Century Britain*, London 1977, S. 226 und 260–261.

moralisch konnotierten Selbstkritik nach 1750³⁶ wurde der Politik-Begriff tendenziell und im Sinne eines britischen Sonderbewusstseins gegenüber den kontinentaleuropäischen Monarchien ideologisiert, so in Robert Walaces *Characteristics of the Present Political State of Great Britain* von 1758. Wallace wandte sich vor allem gegen Humes Fundamentalkritik an der ökonomischen und fiskalischen Entwicklung. Der ›Political State‹ bezog sich dabei auch auf die Einführung von Papiergeld und Schuldverschreibungen, denen Wallace einen stimulierenden ökonomischen Effekt zuschrieb. ›Political State‹ beschrieb hier nicht mehr nur das konstitutionelle Sonderbewusstsein, sondern auch den Entwicklungsstand von Handel, Gewerbe und Industrie. Sie und nicht Silber- und Goldvorräte stellten danach den eigentlichen Reichtum des Landes dar.³⁷ In diesem Kontext stand auch die Karriere des Begriffes ›Political Economy‹. James Steuarts *Inquiry into the Principles of Political Economy* von 1767 reflektierte ein gewachsenes Vertrauen in die politischen Institutionen und wirtschaftlichen Potenziale des Landes nach dem siegreich-triumphalen Ausgang des Siebenjährigen Krieges.³⁸ John Campbells Schrift *Political Survey of Britain* in 1774 verhiess im Untertitel, sie sei »intended to Shew That we have not yet approached near the Summit of Improvement, but that it will afford Employment to many Generations before they push to their utmost Extent the natural Advantages of Great Britain«. ³⁹ Bereits zeitgenössische Kommentare hoben hervor, dass sich der Politik-Begriff hier immer mehr zu einem empirischen Positivismus heranziehen ließ. So bemerkte Arthur Young zu Steuarts Veröffentlichung, sie bestehe aus »two large quarto volumes, seemingly in defence of all modern politics (in them whatever is, is right)«. ⁴⁰

Am Vorabend der Französischen Revolution und vor dem Hintergrund des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges ließ sich eine tendenzielle Universalisierung der Semantik von *politics* beobachten. Im Rückblick erschien dem amerikanischen Historiker und späteren Präsidenten der *Harvard University* Jared Sparks »politics in the great sense« um 1789 für »a sublime science« zu stehen, »which embraces for its object the happiness of mankind«. ⁴¹ Edmund

36 Vgl. Paul Langford, *A Polite and Commercial People. England 1727–1783*, Oxford 1992, S. 647–648.

37 Robert Wallace, *Characteristics of the Present Political State of Great Britain*, London 1758, passim.

38 James Stuart, *Inquiry into the Principles of Political Economy*, London 1767.

39 John Campbell, *Political Survey of Britain* in 1774, London 1774.

40 Arthur Young, *The Farmer's Letter to the People of England*, zit. nach: Langford, *People* [wie Anm. 36], S. 647.

41 Jared Sparks, *The Life of Gouverneur Morris, with selections from his correspondence and miscellaneous papers. Detailing events in the American Revolution, the French Revolution, and in the political history of the United States*, Bd. 2, Boston 1832, S. 94

Burke erkannte die Einmaligkeit der Krise im neuen französischen Verfassungstypus, der sich 1791 abzeichnete und bezog den Erfahrungsumbruch auf »the politics of Europe«. Eine ideologische Aufladung des Begriffes war nun unverkennbar: »This declaration of a new species of government, on new principles (such it professes itself to be), is a real crisis in the politics of Europe.«⁴² Mit dem Ausbruch der Französischen Revolution und der Revolutionskriege verschärfte sich dann aber auch die auf Selbstkritik zielende Betonung der »political defects« des eigenen Landes. 1795 forderte man vor dem Hintergrund der zunehmenden innergesellschaftlichen Spannungen und der Reformforderungen der außerparlamentarischen Protestbewegung anlässlich des Krieges mit Frankreich: »Let nations be vigilant in examining into their moral and political defects; and in earnest to reform them.« Großbritannien müsse auf seine eigenen »national crimes« sehen, zu denen er vor allem »slave trade«, »church patronage« sowie »bribery and corruption« zählte.⁴³

3. Deutschland: »Politik«, »Policey«, »Staat« – Semantische Differenzierungs- und Trennungsprozesse bis 1815

In langfristiger Perspektive ist auch die deutsche Politikbegrifflichkeit von vielfältigen semantischen Differenzierungs- und Trennungsprozessen gekennzeichnet. Dazu gehören die Unterscheidung zwischen Recht und Politik seit dem 16. Jahrhundert sowie zwischen »Politik« und »Policey« seit dem 18. Jahrhundert, zwischen privatem und öffentlichem Recht sowie die Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft seit dem späten 18. Jahrhundert. Seit der Aufklärung gewannen zudem die Lehre der Gewaltenteilung und die Unterscheidung zwischen Verwaltung und Justiz erhebliche Bedeutung, die bis zur Forderung nach einer eigenen Verwaltungsgerichtsbarkeit führte. Doch zeigen sich bei einer genaueren Analyse der frühen Quellenzeugnisse die noch vielfältig fließenden Grenzen zwischen diesen Sphären. Das galt auch für die Differenzbestimmung zwischen öffentlich und privat. Obgleich diese Entgegensetzung durch die Unterscheidung zwischen Politik und Ökonomie gefördert wurde, blieb die semantische Verbundenheit häufig sichtbar. In mittel-

42 Edmund Burke, *Thoughts on French Affairs* (1791), in: A. J. Grieve (Hg.), *Edmund Burke, Reflections on the Revolution in France*, London 1953, S. 285–330, hier S. 287, zit. nach: Reinhart Koselleck, *Krise*, in: GGB, Bd. 3, S. 617–650, hier S. 630.

43 James Bicheno, *A Word in Season; or, a Call to the Inhabitants of Great Britain, to stand prepared for the Consequences of the present War. Written on the Fast Day, February 25, 1795*, London 1795, S. 25, 27–28 u. 34.

alterlichen Fürstenspiegeln wurde die Ökonomie entsprechend behandelt.⁴⁴ Das frühneuzeitliche Nebeneinander von Politik und Ökonomie war auch im Blick auf die fürstliche Hauslehre als Kern der territorialhoheitlichen Regierung erkennbar. Der Fürst erschien hier als Hausvater und Leiter des Hauswesens, als Haushaltsvorsteher des Hofes und zugleich der Verwaltung des ganzen Landes: »Dann daran ist kein Zweifel / auß der Oeconomia odder haußhaltung / muß die Politia odder landregierung / als aus einem brunnquell / entspringen und herkommen«. ⁴⁵

In der seit Beginn des 17. Jahrhunderts auch in Deutschland anschwellenden Literatur zu Politik und Staat spiegelte sich die kritische Auseinandersetzung mit den Prämissen Machiavellis und der Lehre der Staatsräson wider.⁴⁶ 1653 versuchte Dietrich Theodor Reinkingk als lutherischer Jurist, »eine Politica aus der Bibel [...] auß Göttlicher Schrift, als der einigen rechten Quelle der Weißheit, nicht allein von Glaubens-Sachen, sondern auch von Politischen Welt-Händeln in allen Ständen mit sittlichem Fundament« zu verfassen.⁴⁷ Veit Ludwig von Seckendorff kritisierte 1655 den mit Machiavelli in Verbindung gebrachten neuen und gefährlich scheinenden Begriff »Stat« mit der dazugehörenden »verkehrten, zu ihrem eigenen und ganzer Länder Untergang hinaus-schlagenden Arglistigkeit, die heutzutage Stat und Politic genannt werde«. ⁴⁸ Hier wurde eine negative Konnotation sichtbar, die sich ebenfalls lange mit der Politik-Begrifflichkeit verknüpfen sollte.

Für die deutsche Politik-Semantik seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert wurde im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien die ältere »Policeywissenschaft« konstitutiv, die wörtlich auf die *Politie* des Aristoteles verwies. Sie bezeichnete im tradierten Sprachgebrauch gute öffentliche Ordnung und Fürsorge. Diese Polizeiwissenschaft kann als politische Wissenschaft der deutschen Territorialstaaten im Alten Reich gelten und wurde auf den landesherrlichen Universitäten vermittelt. Ihre zentralen Fragestellungen bezogen sich auf

44 Vgl. Sandro-Angelo Fusco/Reinhart Koselleck/Anton Schindling/Udo Wolter/Bernd Wunder, Verwaltung, Amt, Beamter, in: GGB, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 1–96, hier S. 4; Johannes Burkhardt/Otto Gerhard Oexle/Peter Spahn, Wirtschaft, in: ebd., S. 511–594, hier S. 535–536.

45 Justus Menius, *Oeconomia Christiana* / dat ys von Christliker hußholdinge (1529), zit. nach: Burkhardt/Oexle/Spahn, Wirtschaft [wie Anm. 44], S. 558, Anm. 292.

46 Vgl. Michael Stolleis, *Arcana imperii und Ratio status. Bemerkungen zur politischen Theorie des frühen 17. Jahrhunderts*, Göttingen 1980.

47 Dietrich Theodor Reinkingk, *Biblische Policy* (1653), Frankfurt/M. 1701, Vorrede, S. 132–133., zit. nach Werner Conze/Rudolf Walther, Stand, Klasse, in: GGB, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 155–284, hier S. 205.

48 Veit Ludwig von Seckendorff, *Teutscher Fürsten-Staat* (1656), Jena 1737, Vorrede; zit. nach Hans Boldt/Werner Conze/Diethelm Klippel/Reinhart Koselleck, Staat und Souveränität, in: GGB, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 1–154, hier S. 16.

die Bedingungen von Glück und Wohlfahrt der Bürger, auf das Streben nach dem guten Leben und die beherrschende Rolle des Staates dabei.⁴⁹ In Deutschland befreite sich der Politik-Begriff der lange dominierenden Polizei- und Staatswissenschaft weniger deutlich als in den westeuropäischen Politik-Diskursen von der aristotelischen Verbindung zwischen Politik und Ethik. In der guten ›Policey‹, die sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts langfristig in die Disziplinen der Nationalökonomie, Staatslehre, Verwaltungslehre und des Verwaltungsrechts differenzierte, blieb ein Element der sozialharmonisch gedachten Einheit der *civitas sive societas civilis* erhalten. Das wirkte sich langfristig auf die Politik-Semantik aus, während sich mit der wachsenden Autonomie des absolutistischen Staates auch die Wissenschaft von Gesellschaft und Politik differenzierte, die ihren ersten Höhepunkt mit der begrifflichen Scheidung von *civil society* und *government* in Großbritannien und der Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft auf dem Kontinent erlebte.⁵⁰ Allerdings büßten zahlreiche Grundbegriffe kameralistischer Staatslehre wie ›Politik‹, ›Policey‹, ›Ökonomie‹, ›Haushalt‹, ›Wirtschaft‹, ›Handel‹, ›Kommerzien‹, ›Kameralwesen‹ im Verlauf des 18. Jahrhunderts ihre feste semantische Struktur ein, so dass eine Vielzahl von möglichen Kombinationen wie ›politische Ökonomie‹ oder ›ökonomische Polizei‹ und alle möglichen Über- beziehungsweise Unterordnungen möglich wurden. Erst im 19. Jahrhundert wurden diese semantischen Scheidungsprozesse unumkehrbar: Ökonomie avancierte zu einem integralen Wirtschaftsbegriff und Polizei wurde zur Kernbezeichnung für das Feld des staatlichen Innen- und Sicherheitsressorts. Diese Verflüssigung der Terminologie im 18. Jahrhundert ließ auch in Deutschland die starre Trennung zwischen Marktdenken und ökonomischer Sprache zurücktreten.⁵¹

Vor allem in der deutschen Staatslehre des 18. Jahrhunderts war die Politik-Begrifflichkeit nicht von der Semantik des Staates zu trennen. Noch 1793 betonte Schlözer den »Stat« als deutschen Kernbegriff, den es in dieser Form im Ausland nicht gebe: »Keine Sprache, außer der deutschen, hat einen so ausdrücklichen Namen dazu« um alle »Polizei und Politik, Stadt- und StatsWis-

49 Vgl. Hans Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (1980), München 21986, S. 25–26, sowie Rüdiger Bubner, Polis und Staat. Grundlinien der Politischen Philosophie, Frankfurt/M. 2002, S. 20–21.

50 Vgl. Beyme, Theorien [wie Anm. 2], S. 21; Leonhard, Liberalismus [wie Anm. 10], S. 296, 306, 345, 433–451 und 546–567.

51 Vgl. Burkhardt/Oexle/Spahn, Wirtschaft [wie Anm. 44] S. 569–570; Maier, Staats- und Verwaltungslehre [wie Anm. 49]; Jutta Brückner, Staatswissenschaften, Kameralismus und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Wissenschaft in Deutschland des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts, München 1977.

senschaft« zu übergreifen.⁵² Die lexikalische Literatur des 18. Jahrhunderts bestätigt diesen Befund zunächst durch die semantische Nähe zwischen *status civilis* und *status politicus*. Deutlich wird dies etwa an der Unterscheidung zwischen dem als Naturzustand interpretierten äußeren Krieg und dem Friedenszustand im Innern des Staates im Zedlerschen *Universallexicon*. In diesem Punkt gab es allerdings zwischen den großen europäischen Enzyklopädien keine Unterschiede: Wo der Zedler von 1744 zwischen »Kriegsstaat« und »Civilstaat« differenzierte, betonte man in der französischen *Encyclopédie* von 1778 den Antagonismus zwischen »état de nature« und »état civil«.⁵³ Diese Argumentation rekurrierte auf die von Thomas Hobbes formulierte Konsequenz aus der Erfahrung des *bellum omnium contra omnes*. Der Zedlersche »Civilstaat« hatte seinen idealtypischen Ursprung in der absolutistischen Staatsbildung, also der Konzentration politischer Herrschaftsgewalt unter Ausschaltung intermediärer Zwischengewalten. Daraus ergab sich die Unterscheidung zwischen der bürgerlichen als einer politisch selbst verfassten Gesellschaft und dem *status civilis sive politicus*, dem »Civilstaat«, und vor allem der Gegensatz zwischen *civilis* und *militaris* als Kennzeichen absolutistischer Herrschaftslegitimation, der die semantische Valenz von *politicus* hier ganz erheblich übertraf.

Die Ausgrenzung des kriegerischen Erfahrungsraumes aus der Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft zeichnete sich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ab, als der fürstliche Staat die militärische Gewalt erfolgreich monopolisierte. Das wirkte sich auch auf das zeitgenössische Ideal der militärischen Erziehung aus. Zu ihm gehörte nicht allein der Rekurs auf antike Vorbilder, sondern auch die strikte Trennung von Gesellschaft und Militär sowie die Betonung der Standesunterschiede zwischen Adel und Bürgern.⁵⁴ Die politische Verfassung des Staates und der äußere Krieg erschienen als zwei unverbundene Sphären: »Bürgerlicher oder Civilstaat, status civilis, status politicus [...] ist eigentlich die Verfassung eines Staates oder Republik, insofern dieselbe dem Kriegsstaat entgegensteht; und begreift überhaupt alle sogenannten Zivilbediente unter

52 August Ludwig Schlözer, Allgemeines StatsRecht und StatsVerfassungsLere [sic!], Göttingen 1793, ND Frankfurt/M. 1970, S. 2, Anm.; zit. nach Boldt/Conze/Klippel/Koselleck, Staat und Souveränität [wie Anm. 48], S. 25, Anm. 2.

53 Johann Heinrich Zedler (Hg.), Großes vollständiges Universallexicon Aller Wissenschaften und Künste, Leipzig 1732ff., hier Bd. 39, 1744, S. 640 und État, in: [Jean le Rond d'Alembert/Denis Diderot (Hg.)], Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, par une société de gens de lettres. Mise en ordre et publiée par M. Diderot, et, quant à la partie mathématique, par M. d'Alembert, Paris 1753ff., hier Bd. 13, 1778, S. 147–148.

54 Paul J. Marperger, Das wohl-eingerichtete Seminarium militare, oder Pflantz-Schul künfftig geschickter Kriegs-Leute und Soldaten [Dresden 1727].

sich.«⁵⁵ Diese Trennung sollte einem zerstörerischen Bürgerkrieg vorbeugen und diente dem Ziel, eine Ideologisierung von Kriegsgründen unter allen Umständen zu verhindern. Das Prinzip des »vis vim repellere licet« schloss für jede Gewaltlegitimation die Berufung auf ideologische Inhalte und entsprechende kollektive Selbstentwürfe aus.⁵⁶ Mit dieser Monopolisierung beugte der fürstliche Staat dem Rückfall in den Naturzustand eines allgemeinen Krieges aller gegen alle vor. Hier war der *status politicus* das Ergebnis eines funktionierenden souveränen Fürstenstaates mit Schutzwirkung nach innen und außen.

Eine andere Begriffsbestimmung zeigte sich aus fürstlicher Perspektive. Bei Friedrich dem Großen lässt sie sich besonders anschaulich rekonstruieren, zumal bei ihm das Nebeneinander von deutscher und französischer Sprache verschiedene Bedeutungskomponenten ansprach. Während er die deutsche Bezeichnung »Politiker« eindeutig negativ einsetzte – er »hoffe [...] die Nachwelt« werde bei ihm »den Philosophen vom Fürsten und den Ehrenmann vom Politiker zu scheiden wissen«⁵⁷ –, knüpfte die Bestimmung der fürstlichen *politique* bei ihm an Deutungskonzepte der französischen Diplomatiesprache und an die von ihm intensiv rezipierte Literatur des klassischen Republikanismus an. Aus der Erfahrung kriegesischer Konflikte seit 1740 entwickelte sich die Kontur eines abstrakten Staatsbegriffs sowie eines besonderen Dienstethos des Monarchen. In diesem Zusammenhang stand auch die Semantik von *politique*. Obwohl er noch in seinem *Anti-Machiavell* von 1740 die rein machtsstaatliche Interessenpolitik des Fürsten kritisiert hatte, betonte er in der nur wenige Jahre später verfassten Begründung seines Angriffs auf Schlesien genau diese fürstliche Machtpolitik als bestimmenden Maßstab, die nur in der Erschöpfung der Kräfte ihre Grenze finde: »Les passions des princes n'ont d'autre frein que le terme où leurs forces se trouvent impuissantes: ce sont les lois constantes de la politique européenne«.⁵⁸ Zu dieser »politique« gehörte die fürstliche Motivation im Krieg, wie Friedrich sie in seiner *Histoire de mon temps* von 1746 be-

55 Zedler, Universallexicon [wie Anm. 53], Bd. 39, 1744, S. 640; vgl. Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen, Stuttgart 1961, S. 241–245.

56 Jacob Bernhard Moltz, Repraesentatio majestatis imperatoriae, Ötting 1690, S. 667; vgl. Hans Boldt, Ausnahmezustand, in: GGB, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 343–376, hier S. 354, sowie Manfred Riedel, Gesellschaft, bürgerliche, in: ebd., Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800, hier S. 746–747.

57 Friedrich der Große, Geschichte meiner Zeit, in: Gustav Berthold Volz (Hg.), Werke, Bd. 2, Berlin 1912, S. 2; zit. nach Sellin, Politik [wie Anm. 11], S. 839.

58 [Friedrich der Große], Anti Machiavel ou Essai critique sur Le Prince de Machiavel, publié par M. de Voltaire, La Haye 1740, sowie Friedrich der Große, Histoire de mon temps, Avant-propos, in: Politische Testamente der Hohenzollern, Bd. 2, Leipzig 1911, S. 86; in der zweiten Redaktion von 1746 und der dritten von 1776 ist diese Stelle zurückgenommen; vgl. Hans Fenske, Gleichgewicht, in: GGB, Bd. 2, Stuttgart 1975, 959–996, hier S. 981.

schrieb. Hier bezeichnete er den Ersten Schlesischen Krieg als »moyen inmanquable d'augmenter la puissance de la maison, et d'acquérir de la réputation«. Dahinter stand Friedrichs Auffassung, sein Vater Friedrich Wilhelm I. habe durch eine betont vorsichtige Außenpolitik bei anderen europäischen Fürsten den Eindruck erweckt, er besitze statt der »forces réelles« nur »l'apparence de la puissance«.⁵⁹ Das widersprach offenkundig Friedrichs Auffassung der Grundsätze der »politique européenne«. Die dahinter stehenden Schlüsselkategorien der »puissance« und »réputation« blieben auf die Dynastie und den Fürsten hin orientiert. Friedrich stand mit dieser Argumentation in der Kontinuität einer preußischen Staatsraison, die bereits sein Vater Friedrich Wilhelm I. in der Instruktion für seinen Nachfolger von 1722 begründet hatte. Danach bestand das primäre Ziel der fürstlichen »politique« darin, die fürstliche Machtposition zu sichern und sie im Rahmen des europäischen Staatensystems zu erweitern.⁶⁰

Auch in der Politik-Semantik Friedrichs ließ sich der tradierte Unterschied zwischen Civil- und Kriegsstaat nachweisen. Die »politique des souverains« bestehe aus zwei Teilen: »l'une qui regarde l'intérieur du gouvernement, contient les intérêts de l'État et soutien du système du gouvernement«. Die äußere Sphäre dagegen, der sich auch der Kriegsstaat zuordnen ließ, umfasse »tout le système de l'Europe, travaille à consolider la sûreté de l'État et à étendre, autant que cela se peut (par des voies usitées et permises), le nombre des possessions, la puissance et la considération du prince«.⁶¹ Eine weitere semantische Tendenz bestand in der durchaus noch kameralistischen Bedeutungsnahe von Politik, Finanzverwaltung und Militär, in der die Vorstellung des verantwortlichen Landesvaters erkennbar wurde. Friedrich betonte diesen Zusammenhang immer wieder als eine Grundbedingung für das Überleben des preußischen Staates: »Toutes les parties du gouvernement ont une liaison intime les unes avec les autres. La finance, la politique et le militaire sont inséparables; il ne suffit pas qu'une de ces parties soit bien administrée, il faut qu'elles le soient toutes«.⁶²

Auch im deutschen Sprachgebrauch zeigte sich seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eine kritische Aufladung des Politik-Wortfeldes gegenüber

59 Max Posner (Hg.), Friedrich der Grosse, *Histoire de mon temps*, Redaktion von 1746, Leipzig 1879, S. 212ff.

60 Friedrich Wilhelm I., Instruktion für seinen Nachfolger (1722), in: *Acta Borussica*, Bd. 3, Berlin 1901, S. 448 und 461.

61 Friedrich der Grosse, *Testament politique* (1752), zit. nach: Sellin, *Politik* [wie Anm. 11], S. 835–836.

62 Ders., *Politisches Testament*, 27. August 1752, zit. nach: Richard Dietrich (Hg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln 1986, S. 328, 254 und 400.

der Praxis des fürstlichen Machtstaats, auch wenn diese Entwicklung schwächer ausfiel als in Frankreich. Damit öffnete sich das Wortfeld langfristig für fürstenkritische und oppositionelle Konnotationen. Thomas Abbt etwa forderte die Ausrichtung monarchischer Politik an einem überständischen Gemeinwohl, denn darin zeige sich die eigentliche Tugend des guten Fürsten. Damit lösten sich bei ihm ständische Unterscheidungsmerkmale und Interessenstandpunkte zugunsten einer staatsbürgerlichen Identität auf, die auf dem Zusammenhang von Rechten und Pflichten beruhte. Dafür prägte er den Ausdruck einer einzigen politischen Tugend, die sich gegen die überkommene Kabinettspolitik der Fürsten wenden ließ:

»Einige in den Monarchien nötige Einteilungen der Stände sind vielleicht die Ursache gewesen, dass man die Verknüpfung der Bemühungen zum allgemeinen Besten zu sehr getrennt hat. Jeder dieser Stände fing bald an zu glauben, dass er nur auf eine einzige Art das seinige dazu beitragen dürfe. Allein, wenn ein allgemeines Bestes stattfindet [...] so muß es auch nur eine einzige politische Tugend geben. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, verschwindet der Unterschied zwischen Bauer, Bürger, Soldat und Edelmann. Alles vereinigt sich, und stellt sich unter dem vormals so herrlichen Namen eines Bürgers dar. Dann ist jeder Bürger ein Soldat, jeder Soldat ein Bürger, und jeder Edelmann Soldat und Bürger, wie man will.«⁶³

Johann Georg Schlosser griff 1777 auf den Begriff der ›Politik‹ zurück, um die Interessengegensätze zwischen Adel und Stadtbürgertum zu konturieren: »Die Politik des Bürgers war, die Geschäfte zu verwickeln, um den Adel von ihnen auszuschließen oder abhängig vom Bürger zu machen; die Politik des Adels wäre, sie wieder einfach zu machen, um der Bürger entbehren zu können.«⁶⁴ Eine Verengung des Begriffs auf die dezidiert bürgerliche oder adelskritische Position blieb demgegenüber eine Ausnahme. Immerhin war sie möglich: Der im Begriff ›Politik‹ aufscheinende Anspruch auf Mitgestaltung und das Selbstbewusstsein einer elitären Arkanöffentlichkeit wurde erkennbar, als der Begründer des Illuminatenordens Weishaupt die wirklichen Absichten des Ordens als »Politik« bezeichnete.⁶⁵ Das ambivalente Nebeneinander zwischen aufgeklärter Erziehungsutopie und faktischer Unterwanderung des absolutistischen Staates, aber vor allem die Spannung zwischen Aufklärung und Absolutismus wurden hier sichtbar. Die zunehmende Dynamik der semantischen

63 Thomas Abbt, Vom Tode für das Vaterland (1761), in: Johannes Kunisch (Hg.), Aufklärung und Kriegserfahrung. Klassische Zeitzeugen zum Siebenjährigen Krieg, Frankfurt/M. 1996, S. 589–650, hier S. 600.

64 Johann Georg Schlosser, Politische Fragmente, in: Deutsches Museum 1 (1777), S. 103.

65 Adam Weishaupt, Brief an Franz Xaver von Zwackh, 10. März 1778, in: Richard van Dülmen (Hg.), Der Geheimbund der Illuminaten, 2. Aufl. Stuttgart 1977, S. 222; vgl. Manfred Riedel, Bürger, in: GGB, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 672d 725, S. 694; Wolfgang Hardtwig, Verein, in: ebd., Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 789–830, hier S. 798.

Veränderungen und die Aufladung von Politik mit ideologischen Inhalten, die in der Frage zugespitzt wurden, ob der Fürst ausschließlich Fürst sei, also Despot, oder ob er auch ein Mensch sein könne, wurde auch den Zeitgenossen bewusst. So konstatierte man 1779: »Die Staatswissenschaft hat ihre eigene Terminologie [...] In ihren Hauptsätzen ist man jetzt in dem aufgeklärten Teile Europas so ziemlich eins: Aber in dem Ausdruck dieser Sätze gibt es immer noch Varianten. Und diese Varianten sind in der Politik bei Weitem wichtiger als in jeder anderen Wissenschaft«. Der Privatmann müsse sich deshalb »zu seiner eigenen Sicherheit ein geographisch-politisches Variantenregister« halten.⁶⁶

Eine kritische Tendenz gegenüber einem kameralistischen oder fürstlichen Verständnis von Politik, das auf die Kabinette beschränkt blieb und die aufgeklärt-gebildete Öffentlichkeit ausschloss, zeigte sich bei Herder: »Kabinette mögen einander betrügen; politische Maschinerien mögen gegeneinander gerichtet werden, bis eine die andere zersprengt. Nicht so rücken Vaterländer gegeneinander; sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familien bei. Vaterländer gegen Vaterländer im Blutkampf ist der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache.«⁶⁷ Das historisch-kulturelle Deutungsmuster ›Volk‹ stand nicht für eine soziale Gruppe innerhalb oder unterhalb der Nation, sondern umfasste die Nation selbst, die den ›politischen Maschinerien‹ positiv entgegengesetzt war. Herders Volksbegriff blieb in seiner kulturellen und historischen Fundierung, durch den Rückgriff auf Sprache und Poesie, gegen eine Imprägnierung durch fürstliche Macht- und Kriegspolitik abgeschirmt. Man könne »die Seelen der Völker« nicht »auf dem täuschenden trostlosen Wege ihrer politischen und Kriegsgeschichte« kennenlernen, sondern nur in ihrer Poesie, dem »Inbegriff der Fehler und Vollkommenheiten einer Nation«, der »ein Spiegel ihrer Gesinnungen, der Ausdruck des Höchsten, nach welchem sie strebte« sei.⁶⁸

Diese Aufladung der Politik-Semantik mit neuen Erwartungen wurde durch die Wahrnehmung der Französischen Revolution dynamisiert. Die neue

66 Varianten in der politischen Terminologie, in: Göttinger Briefwechsel meist historischen und politischen Inhalts, IV. Teil, H. XXI, Göttingen 1779, S. 206ff., zit. nach: Reinhart Koselleck, Sprachwandel und sozialer Wandel im ausgehenden Ancien régime (zuerst: 1980), in: ders., Begriffsgeschichten [wie Anm. 1], S. 287–308, hier S. 289.

67 Johann Gottfried Herder, Briefe zur Beförderung der Humanität, 5. Sammlung (1795), 57. Brief, Beilage, in: Bernhard Suphahn (Hg.), Johann Gottfried Herder, Sämtliche Werke, 33 Bde., Berlin 1877–1913, hier Bd. 17, 1881, S. 319; vgl. Fritz Gschnitzer/Reinhart Koselleck/Bernd Schönemann/Karl Ferdinand Werner, Volk, Nation, in: GGB, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141–431, hier S. 316ff.

68 Johann Gottfried Herder, Briefe zur Beförderung der Humanität (1796), in: Suphahn, Werke [wie Anm. 67], Bd. 18, Berlin 1883, S. 137.

Bedeutungsebene wurde an der zunehmenden polemischen Qualität des Wortfeldes und zumal des Begriffs »Politik« selbst deutlich. Dieser gewann durch die von Frankreich ausgehende Auseinandersetzung mit der Revolution und ihren Agenden klar an ideologischer Schärfe: Der Rekurs auf Politik markierte eine Position, die ideologische Identifikation oder Abgrenzung erlaubte. Aus der polemischen Qualität ergab sich die Distinktionsqualität des Begriffs. So bekannte Wilhelm von Humboldt 1792, dass wie »die Theologie mit der Ketzerei, die Politik mit der Knechtschaft entstanden« sei.⁶⁹ Georg Forster wandte sich im Bekenntnis zur Revolution im selben Jahr gegen »eine schlaue Politik der Fürsten, die Völker sorgfältig voneinander abzusondern; sie an Sitten, Charakter, Gesetzen, Denkungsart und Empfindung gänzlich voneinander verschieden zu erhalten; Haß, Neid, Spott, Geringschätzung einer Nation gegen die andere zu nähren und dadurch ihre eigene Oberherrschaft desto sicherer zu stellen«.⁷⁰ Friedrich Gentz dagegen kritisierte 1793 und angesichts der Radikalisierung der Revolution die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte als eine gefährliche »Mißgeburt einer seichten Philosophie und einer kindischen Politik«. Philosophie und Naturrecht schienen zu bloßen Theorien der Revolution geworden: »Der Philosoph formt Systeme, der Pöbel schmiedet Mordgewehre daraus«.⁷¹

Von besonderer Bedeutung für die semantische Entwicklung des Wortfeldes wurde die Wahrnehmung der Revolutionskriege seit 1792, weil sich in ihnen die neuartige Tektonik von Staat, Nation und Gewalt und damit neuartige Konzepte politisch-sozialer Teilhabe herauskristallisierten. Friedrich von Gentz betonte, dass man »in einem Kriege, der großentheils eine neue Richtung der öffentlichen Meinung erzeugte, [...] die öffentliche Meinung keinen Augenblick vernachlässigen oder verachten« dürfe.⁷² Im Gegensatz zu Gentz' skeptischer Sicht ließ sich diese Verbindung von Krieg und öffentlicher Meinungsbildung aber auch positiv und enthusiastisch im Sinne einer Überwin-

69 Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen (1792), in: Akademie Ausgabe, Bd. 1, Berlin 1903, S. 135.

70 Georg Forster, Über das Verhältnis der Mainzer gegen die Franken. Gesprochen in der Gesellschaft der Volksfreunde, 15. Nov. 1792, in: Heinrich Scheel (Hg.), Die Mainzer Republik. Protokolle des Jakobinerklubs, Berlin 1975, S. 220–221.

71 Friedrich von Gentz, Ueber die Deklaration der Rechte, in: ders., Anhang zur Übersetzung von Edmund Burke, Betrachtungen über die französische Revolution, Bd. 2, Berlin 1793, S. 224 und 183; vgl. Horst Günther/Dietrich Hilger/Karl-Heinz Ilting/Reinhart Koselleck/Peter Moraw, Herrschaft, in: GGb, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 1–102, S. 44; Jochen Bleicken/Werner Conze/Christof Dipper/Horst Günther/Diethelm Klippel/Gerhard May/Christian Meier, Freiheit, in: ebd., Bd. 2, Stuttgart 1979, 425–542, S. 483; Gschnitzer/Koselleck/Schönemann/Walther, Volk, Nation [wie Anm. 67], S. 327.

72 Friedrich von Gentz, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Französische Revolution [sic!], Berlin 1801, S. 278–279.

dung des Antagonismus zwischen despotischer Herrschaft und Untertanen deuten. Die Zeitgenossen begannen in der veränderten Semantik der Politik-Begrifflichkeit einen durch die Wahrnehmung von Revolution und Krieg geprägten umfassenden Ideologisierungsprozess zu reflektieren. Auffällig an den deutschen Reaktionen darauf war der Vergleich zwischen Politik und Religion, um die Tiefe des Erfahrungsbruchs zum Ausdruck zu bringen:

»Dieser Krieg hat das Licht in die politischen Meinungen getragen, wie der dreißigjährige in die religiösen es trug. Wie dieser das Pabstthum in seinen Grundpfeilern erschütterte, hat er die Infaillibilität der Hofpolitik und den Despotismus der Minister getroffen, indem er zugleich vor den noch ärgern des Pöbels gewarnt hat [...] Das Interesse der Völker giebt jetzt in den Augen der mehrsten die Richtschnur zu ihrer Handlungsweise gegen sich und andere Völker ab; und es hält sich folglich ein jeder der Nationen befugt, sein Urtheil darüber zu wagen, und die Politik selbst vor den Richterstuhl der gesunden Vernunft zu ziehen.«⁷³

Der Krieg habe dazu gezwungen, »über die wahre Politik der Staaten, über den Zweck des gesellschaftlichen Zustandes und über die wahren Mittel der bürgerlichen Glückseligkeit nachzudenken«. Durch ihn träten »Aufklärung, Friede und Glück in ihrem Gefolge zwischen die gegen sich selbst wüthende Anarchie und dem – Menschen Wohlfahrt zertretenden – Despotismus«, er vernichte diese beiden Extreme, indem er das »Glück einer vernünftigen gesetzlichen Freiheit« erweise. In der Wahrnehmung von Krieg und Revolution manifestierte sich demnach ein allgemeiner Bildungsprozeß, welcher der evolutionären Reform über kurz oder lang zum Durchbruch verhelfen müsse. Für Zeitgenossen stand die »wahre Politik der Staaten« jetzt im Gegensatz zur überkommenen »Hofpolitik«.⁷⁴

Mit dem durch Revolution und Kriegserfahrung veränderten Ineinanderwirken von Innen- und Außenpolitik wurde auch die Beziehung zwischen Moral und Politik, die seit dem 16. und 17. Jahrhundert als getrennte Wirkungssphären angesehen worden waren, wieder virulent. Die durch die Revolutionskriege erfahrbar gewordene Internationalisierung des Bürgerkriegsparadigmas fand ihren Niederschlag in dieser Diskussion. So suchte Immanuel Kant 1795 nach einer allgemein gültigen Rechtsordnung durch Analogisierung von Staats- und Völkerrecht. Menschen wie Völker müßten auf diese Weise den Naturzustand überwinden, um einem ewigen Frieden näher zu kommen. In diesem Zusammenhang betonte er, dass die Bildung eines »allgemeinen Staatenverein[s]« auch die »Zusammenstimmung der Politik mit der Moral«

73 [Anonym] Über den Einfluß des jetzigen Krieges auf die öffentliche Meinung, Glückseligkeit und Humanität, Südpreußen [i.e. Frankfurt/Main] 1795, S. 85–86.

74 Ebd., S. 88–89.

möglich mache.⁷⁵ Auch wenn dies ein utopischer Gedanke blieb, zeigte sich hier doch paradigmatisch die Offenheit der semantischen Situation, die Neuausrichtungen der Politik-Begrifflichkeit zuließ. Dazu gehörte auch, den Begriff in den Zusammenhang gesellschaftlicher Veränderungen zu bringen. So wies Novalis bereits am Ende der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts auf die zunehmende Bedeutung sozialer Beziehungen hin und ordnete Politik der »Gesellschaftslehre« zu: »Die Politik – die Gesellschaftslehre – die Ehetheorie gehören in die höhere Menschenlehre, wo von zusammengesetzten Menschen gehandelt wird.«⁷⁶

Auch der Politik-Begriff Hegels stand in diesem Kontext der Diskussion über die überkommene Dichotomie zwischen Moral und Politik. Dessen Position reflektierte die Eindrücke eines Zeitgenossen der napoleonischen Kriege in Europa. Hegel kritisierte den tradierten »Zwiespalt zwischen Moral und Politik«. Dieser Hiatus beruhe auf einem fehlgeleiteten Formalismus, weil man immer wieder frage, »ob die Menschen im Fortschreiten der Geschichte und mit ihr der Bildung aller Art besser geworden, ob ihre Moralität zugenommen habe«. Diese Frage aber gehe an der »Weltgeschichte«, die sich »auf einem höhern Boden« bewege, vorbei.⁷⁷ Hegel kehrte sich gegen die Naturrechts-tradition seit Pufendorf und lehnte sich an Spinozas Reduktion des Rechts auf die Macht der Natur an. Genau an die Stelle der überkommenen Naturrechtslehre trat für ihn der neue Begriff der Politik:

»Der schönen Theorie, dass vorfallenden Streitigkeiten nicht durch Gewalt der Waffen, denn Gewalt könne ja über Recht nicht entscheiden, sondern durch Urteil und Recht entschieden werden sollte, ist die Praxis untreu geworden, und der Natur gefolgt, und die Verhältnisse der mächtigern Stände [...] ist aus der Sphäre des Rechts durch die Notwendigkeit der Sache in die Sphäre der Politik versetzt worden.«⁷⁸

Gegen das Rechtsurteil als Modell der Konfliktbewältigung setzte Hegel das Urteil der Politik, in der Machtkonstellationen als entscheidende Instanz wirkten: »Es hängt nur von den Umständen, von den Kombinationen der Macht,

75 Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), in: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Kant's gesammelte Schriften. Erste Abtheilung: Werke, Bd. 8, Abhandlungen nach 1781, Berlin/Leipzig 1923, S. 385.

76 Novalis, Das Allgemeine Brouillon (1798/99), in: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 320; vgl. Hardtwig, Verein [wie Anm. 65], S. 806; Manfred Riedel, Gesellschaft, Gemeinschaft, in: GGB, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 801–862, hier S. 831, Anm. 129.

77 Johannes Hoffmeister (Hg.), Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Die Vernunft in der Geschichte, Hamburg 1955, S. 170ff.; vgl. Reinhart Koselleck/Christian Meier, Fortschritt, in: GGB, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 351–424, hier S. 404.

78 Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Die Verfassung Deutschlands, in: Georg Lasson (Hg.), Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Schriften zur Politik und Rechtsphilosophie, Leipzig 1913, S. 67.

d.h. dem Urteil der Politik ab, ob das in Gefahr kommende Interesse und Recht mit der ganzen Gewalt der Macht verteidigt werden soll«. ⁷⁹ Fichte dagegen begriff Politik als Lehre von der Staatskunst, welche die tradierten Grenzen der Rechtstheorie als normgebender Disziplin überschreite. ⁸⁰ In der Praxis aber verwischten die Grenzen zwischen Naturrechtslehre und Politik als empirisch-wissenschaftlichem Begriff bis hin zur Ununterscheidbarkeit. Einerseits definierte Fichte: »Diejenige Wissenschaft, welche es mit einem besondern, durch zufällige Merkmale (empirisch) bestimmten Staate zu tun hat, und betrachtet, wie das Rechtsgesetz in ihm sich am füglichsten realisiren lasse, heißt Politik«. Andererseits verortete er den von Politik abgeleiteten Begriff »Polizei« noch im gleichen Text und nur wenige Seiten später im Naturrecht: »Die Lehre von ihr überhaupt gehört in reines Naturrecht«. ⁸¹

Neben diesen Konnotationen zeigte sich in der Semantik von Politik am Beginn des 19. Jahrhunderts eine Unterscheidung von Aktionsfeldern, welche die Ausdifferenzierung von staatlichen und gesellschaftlichen Subsystemen reflektierte. Das konnte sich nach 1800 auf die internationalen Staatenbeziehungen oder die Abgrenzung zwischen Ökonomie und Politik beziehen. Mit Blick auf die Staatenwelt und das in ihm wirkende System von Gleichgewicht und Hegemonialbestrebungen sah Friedrich von Gentz 1801 Europa »an das Schicksal und an die Politik der in dem allgemeinen System präponderierenden Mächte gebunden«. ⁸² Zur gleichen Zeit trat nun auch in Deutschland die Trennung zwischen Politik- und Ökonomie-Begrifflichkeit klarer hervor. So betonte man 1805 die unterschiedlichen Dimensionen der ökonomisch privilegierten und der politisch organisierten Gesellschaft. Vor der Rezeption von Adam Smith habe man zumindest in Deutschland nicht daran gedacht, »die Lehre von den Ursachen der bürgerlichen Wohlfahrt von der Regierungswissenschaft (Politik) abgesondert vorzutragen«. ⁸³

Der in vieler Hinsicht entscheidende Katalysator für die semantische Veränderung des Politik-Begriffs in Deutschland während der Phase der Revolution und Napoleons war aber die zeitgenössische Kriegserfahrung und ihre

79 Ebd., S. 100; vgl. Karl-Georg Faber/Karl-Heinz Ilting/Christian Meier, Macht, Gewalt, in: GGB, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 817–936, hier S. 896.

80 Vgl. Johann Gottlieb Fichte, Der geschlossene Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik, 1800; vgl. Karl-Heinz Ilting, Naturrecht, in: GGB, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 245–314, hier S. 303, Anm. 329.

81 Johann Gottlieb Fichte, Naturrecht, §21, Akademie Ausgabe, 1. Abteilung, Bd. 4, Berlin 1970, S. 80 und 85; vgl. Ilting, Naturrecht [wie Anm. 80], S. 303, Anm. 330.

82 Friedrich von Gentz, Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der Französischen Revolution, Berlin 1801, S. 91–92.

83 Ludwig Heinrich von Jakob, Grundsätze der National-Ökonomie, Halle 1805, S. 10; vgl. Riedel, Gesellschaft, bürgerliche [wie Anm. 56], S. 769.

deutende Aneignung. In den deutschen Diskursen über den Gestaltwandel des Krieges stieß man zu einem neuen Verständnis von Politik vor. Weil sich in der Kriegserfahrung die ideologische, nationale und praktisch-gesellschaftliche Substanz der Epoche konzentrierte, avancierte die zeitgenössische Kriegswissenschaft zu einer Leitwissenschaft mit hohem Deutungsanspruch. Das galt nicht nur für die Gruppe der Militärreformer in Preußen nach 1806, sondern auf konzeptioneller Ebene für die zeitgenössischen Kriegstheoretiker, allen voran Clausewitz. In der Neufassung des Kriegsbegriffes drang er zu einem neuen Verständnis von Politik vor. Schon 1808 betonte der Kriegstheoretiker Rühle von Lilienstern, das Beispiel der von Frankreich eingeführten Wehrpflicht zeige, dass der Zusammenhang zwischen Politik und Krieg unmittelbar und zu einem entscheidenden Bezugspunkt für den Erfolg der Nation geworden sei. Die Abschottung von Politik als fürstliches Arkanum war durch die Erfahrung der Zeitgenossen seit 1789/92 nicht länger aufrecht zu erhalten. Politik wurde Teil einer kollektiven Grunderfahrung:

»Ein großer Theil der praktischen Ueberlegenheit der französischen Nation über die deutsche und die andern Völker des Continents hat seinen Grund darin, dass Kriegskunst und Politik die Aufmerksamkeit und Berücksichtigung der ganzen Masse erregt hat, und durch die, in kurzer Zeit vielleicht über den ganzen Continent verbreitete Maßregel der Conscription, wird nunmehr jedermann darauf hingewiesen, Kriegskunst und Politik mit unter die Schulstudien aufzunehmen, in wiefern er Lust und Beruf fühlt, in der Welt etwas zu [...] wirken.«⁸⁴

Exemplarisch formulierte Clausewitz den Erfahrungsumbruch von Revolution und Krieg und seine Konsequenzen für die zeitgenössische Lesart von Politik. Entscheidend für das Verständnis des von Clausewitz analysierten Verhältnisses von Krieg und Politik war die Unterscheidung zwischen der Ideologisierung des Krieges im Namen der Nation einerseits und die Erfassung des Krieges als Instrument des Politischen andererseits. Reinhard Stumpf hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich dabei der Politikbegriff des Autors an einem allgemeinen Volksinteresse orientierte.⁸⁵ Im Gegensatz zum zeitgenössischen Verständnis von Politik, das primär noch immer auf den Kern der Staatswissenschaft, die praktische Politik und die Zusammenfassung aller politischen Mittel rekurrierte, grenzte Clausewitz seinen Politik-Begriff grundsätzlich vom tradierten Verständnis der Kabinettspolitik ab und verstand darunter die »Intelligenz des personifizierten Staates« sowie den »Repräsentant aller

84 [Johann Jakob Otto August Rühle von Lilienstern], Einleitung, in: ders. (Hg.), Pallas. Eine Zeitschrift für Staats- und Kriegs-Kunst, Bd. 1, Tübingen 1808, S. III–XX, hier S. XVI–XVII.

85 Reinhard Stumpf (Hg.), Kriegstheorie und Kriegsgeschichte. Carl von Clausewitz und Hellmuth von Moltke, Frankfurt/M. 1993, S. 765ff. und 835ff.

Interessen der ganzen Gesellschaft«, was sie zum »Sachwalter aller dieser Interessen gegen andere Staaten« mache.⁸⁶ Clausewitz' eigene Sicht wurde vor allem dort deutlich, wo er Krieg- und Politikbegriff zu differenzieren suchte, indem er von zwei Arten des Krieges, einer kriegerischen und einer politischen Form, ausging und argumentierte, dass sich hinter beiden letztlich »politische Handlungen« verbargen:

»Wenn es also [...] auch wahr ist, dass bei der einen Art Krieg die Politik ganz zu verschwinden scheint, während sie bei der andern Art sehr bestimmt hervortritt, so kann man doch behaupten, dass die eine so politisch sei wie die andere; denn betrachtet man die Politik wie die Intelligenz des personifizierten Staates, so muß unter allen Konstellationen, die ihr Kalkül aufzufassen hat, doch auch diejenige begriffen sein können, wo die Natur aller Verhältnisse einen Krieg der ersten Art bedingt. Nur in so fern man unter Politik nicht eine allgemeine Einsicht, sondern den konventionellen Begriff einer, der Gewalt abgewendeten, behutsamen, verschlagenen, auch unredlichen Klugheit versteht, könnte die letzte Art des Krieges ihr mehr angehören als die erstere.«⁸⁷

Die Politik, die dem allgemeinen Volksinteresse entspreche und sich an Rousseaus *volonté générale* anlehne, neige dem »kriegerischen«, die negativ bewertete unaufrichtige Kabinettspolitik dagegen eher dem »politischen« Krieg zu. Clausewitz' Argumentation lief auf eine »doppelte Art des Krieges« hinaus, in der beide Formen aufgehoben sein sollten.⁸⁸ Erst vor diesem Hintergrund lässt sich auch der so häufig zitierte Satz über den Krieg als »eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln« erfassen.⁸⁹ Der bis dahin tradierten Vorstellung, mit dem Ausbruch eines Krieges verdränge der Krieg die Politik, hielt Clausewitz das Fortwirken der Politik unter allen Umständen entgegen. In der Wirklichkeit der Welt gab es demnach keine Radikalisierung und Homogenisierung kriegerischer Gewalt, sondern nur einen ungleichmäßigen Prozess der Gewaltäußerung, der einer politischen Leitung unterworfen bleibe:

»Der Krieg einer Gemeinheit – ganzer Völker – und namentlich gebildeter Völker geht immer von einem politischen Zustande aus, und wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt. Wäre er nun ein vollkommener, ungestörter, eine absolute Äußerung der Gewalt, wo wir ihn uns aus seinem bloßen Begriff ableiten müßten: so würde er von dem Augenblicke an, wo er durch die Politik hervorgerufen ist, an ihre Stelle treten, als etwas von ihr ganz Unabhängiges, sie verdrängen und nur seinen eigenen Gesetzen folgen [...] Der Krieg der wirklichen Welt ist [...] kein solches Äußerstes [...]

86 Carl von Clausewitz, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, Berlin 1832/34, in: Stumpf (Hg.), Kriegstheorie, S. 9–423, hier S. 38–39.

87 Ebd., S. 38–39.

88 Vgl. ebd., S. 417.

89 Ebd., S. 37.

Bedenken wir nun, dass der Krieg von einem politischen Zweck ausgeht, so ist es natürlich, dass dieses erste Motiv, welches ihn ins Leben gerufen hat, auch die erste und höchste Rücksicht bei seiner Leitung bleibt.«⁹⁰

Der Krieg blieb ein politischer Akt und rekurierte damit gemäß Clausewitz' Politikbegriff auf Volksinteressen, die mit dem herkömmlichen Verständnis von Kabinettspolitik nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Die Vorstellung, dass mit dem Beginn eines Krieges die Politik ende, war, obwohl sie gerade in Deutschland seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts einflussreich wurde und mit der Selbsteinschätzung des deutschen Militärs im Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erlebte, gleichwohl ein Missverständnis, das die Substanz von Clausewitz' Politikbegriff unberücksichtigt ließ. Seine Prämisse, den Krieg nicht von der Sphäre der Politik zu trennen, reflektierte die aufgeklärte Kritik an einem Militärwesen, das sich der politischen Kontrolle und der Rückbindung an das Gemeinwohl immer mehr zu entziehen schien. Stehende Heere waren in diesem Sinne ein Synonym für das Gefahrenpotenzial despotischer Macht. Als Reaktion auf solche Tendenzen zur Verselbständigung des Militärs gegenüber der Staatspolitik hatte man schon 1798 ausgeführt, die »rechte Hand oder die Hebel der Politik« seien die Armeen.⁹¹ In gleicher Richtung argumentierte Carl Heinrich Georg von Venturini 1800 in seiner Forderung, die »Kenntniß der Kriegswissenschaft und der Politik« müsse »mit einander verbunden, und die Folgen ihrer Anwendungen auf einander bezogen werden, um hieraus den zweckmäßigsten Entwurf eines Krieges im Großen zu bestimmen«.⁹² Rühle von Lilienstern sekundierte 1817: »Die einzelnen Operationen haben militärische Zwecke, der Krieg im Ganzen aber hat stets einen politischen Endzweck«.⁹³ Der von Clausewitz betonte Primat des Politischen war weniger eine Neuerfindung als vielmehr die prägnante Formulierung eines Arguments, dessen Ursprünge weiter zurückreichten, dessen veränderte Valenz sich aber erst vor dem Hintergrund des Erfahrungsumbruches von Revolution und Krieg erklären ließ. Dahinter aber stand das Ziel, Politik gegen ideologische Zuweisungen und Projektionen in der Tradition der erfahrenen Revolution abzuschirmen und zu immunisieren.

90 Ebd., S. 36–37.

91 Friedrich Meinert, *Über den Krieg, die Kriegswissenschaften und die Kriegskunst. Für das Militär und solche, welche vom Kriegswesen unterrichtet sein wollen*, Halle 1798, S. 3.

92 Carl Heinrich Georg von Venturini, *Lehrbuch der angewandten Taktik oder eigentlichen Kriegswissenschaft*, Bd. 2, Schleswig 1800, S. 533.

93 Johann Jakob Otto August Rühle von Lilienstern, *Handbuch für den Offizier zur Belehrung im Frieden und zum Gebrauch im Felde*, 1. Abteilung, Berlin 1817, S. 8; vgl. Stumpf (Hg.), *Kriegstheorie* [wie Anm. 85], S. 766.

III. Das 19. Jahrhundert: Die Ideologisierung von ›Politik‹ auf dem Massenmarkt von krisenhaften Erfahrungen, sozialen Interessen und nationalen Erwartungen

1. Frankreich: Von der ideologischen Polarisierung zum Integrationsbegriff ›politique‹

In Frankreich spiegelten sich nach dem Ende der Revolutionsepoche und angesichts der latenten Krise monarchischer Legitimation in einer postrevolutionären Gesellschaft in den Bestimmungen von *politique* neue Erwartungen und Ansprüche einer insgesamt in Bewegung geratenen Gesellschaft, die eine einseitige Restauration keinesfalls zuließ. Vor allem nach der Julirevolution wurde die Spannung zwischen monarchischem Staat und Gesellschaft in der Ideologisierung und Politisierung weiter Teile der Öffentlichkeit jenseits des *Juste Milieu* erkennbar. Das zeigte sich zumal in den zahlreichen politischen Vereinen und sozialen Protestbewegungen. So hob man 1832 programmatisch hervor: »Il n'y a en politique que deux systèmes: l'association et l'individualisme.«⁹⁴

Anders als in solchen für soziale und radikal-republikanische Forderungen offenen Bestimmungen verbanden die an der *Charte Constitutionnelle* von 1814/15 orientierten Liberalen, die eine erneute radikale Revolution mit sozialer Zielsetzung fürchteten, mit dem Begriff ›politique‹ zweierlei: einmal die Erinnerung an die durch die Revolution radikal veränderte Wirkung abstrakt-philosophischer Prinzipien in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, durch welche der Staat gleichsam zum Opfer der radikalen Revolution geworden sei, zum anderen die Hoffnung auf allmählichen und evolutionären Interessenausgleich in einer postrevolutionären Situation. Exemplarisch formulierte François Guizot beide Bedeutungsrichtungen. In seinen *Mémoires*, veröffentlicht ab 1858, betonte er, die *doctrinaires* stünden für die Überwindung der durch die Revolution verursachten Konflikte und vor allem des innergesellschaftlichen Misstrauens, indem sie eine wirkliche Synthese aus Vergangenheit und Gegenwart ermöglichten. Sie verkörperten danach keine abstrakte Theorie, sondern einen pragmatischen Politikentwurf. Damit wies er ihnen die Aufgabe gesellschaftlicher Integration und Stabilisierung zu, die nach der tiefgreifenden Umbrucherfahrung der Revolution nun unumgänglich schien: »La philosophie s'était vantée qu'elle réglerait la politique, et que les institutions, les lois, les pouvoirs

94 Pierre Leroux, De la Philosophie et du Christianisme. Réponse à quelques critiques, in: Revue encyclopédiques 55 (1832), S. 281–340, hier S. 319, zit. nach: A. Rauscher, Individualismus, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, Basel 1976, S. 205, Anm. 91.

publics ne seraient que les créations et les serviteurs de la raison savante. Orgueil insensé, mais hommage éclatant à ce qu'il y a de plus élevé dans l'homme, à sa nature intellectuelle et morale.«⁹⁵ Dagegen stand die »politique libérale et civilatrice, qui est celle des Conservateurs«. Für den Historiker und Politiker Guizot stand dahinter die Verwirklichung der 1789 aufgestellten Forderungen nach einem »gouvernement libre« und einem »développement pacifique de la civilisation«.⁹⁶ Der zeitgemäße Ausdruck dieser »politique« liege nicht mehr in der fortdauernden Revolution, sondern in »paix et liberté«. Insofern blieb Guizots Politikbegrifflichkeit eingebettet in die langfristige Deutungsgeschichte von 1789, wenn er seine Regierung als wahren Erben der Revolution von 1789 pries. »Politique« als Gegenbegriff zu »révolution« fungierte als Chiffre, um sich von der ideologischen und sozialen Polarisierung der Vergangenheit zu befreien. Wie bereits 1815 bestimmte die postrevolutionäre Projektion die Argumentationsmuster, die der Bestimmung des eigenen Standortes zugrundelagen:

»Par une bonne fortune rare, nous sommes appelés à grandir, à influencer en Europe par les voies régulières et morales, par le respect du droit, par l'ordre, par la paix; [...] C'est précisément à la politique tranquille et régulière, c'est précisément au maintien de tous les intérêts réguliers et pacifiques, que la grandeur et l'influence sont attachées, aussi bien que la prospérité intérieure des nations.«⁹⁷

Guizots Hoffnung auf eine postrevolutionäre Stabilisierung zerbrach im Frühjahr 1848. »Politique« blieb aber semantisch offen genug, um von verschiedenen Akteuren als Identifikationsbegriff aufgenommen zu werden. Die Revolution von 1848 brachte zunächst eine Welle enthusiastischer Begriffsbestimmungen, nach denen der Völkerfrühling den Auftakt für eine solidarische Fortentwicklung der ganzen Menschheit bringen sollte. Ernest Renan ordnete »politique« als Funktionsbegriff dem Horizont der »culture humaine« unter: »La fin de l'humanité, et par conséquent le but que doit se proposer la politique, c'est de réaliser la plus haute culture humaine possible, c'est-à-dire la plus parfaite religion, par la science, la philosophie, l'art, la morale, en un mot par toutes les façons d'atteindre l'idéal qui sont de la nature de l'homme.«⁹⁸

95 François Guizot, *Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps*, 8 Bde., Paris 1858–1867, hier Bd. 1, S. 157–159.

96 Rede Guizots in der Chambre des Pairs vom 18. November 1840, zit. nach: *Du système conservateur. Examen de la politique de M. Guizot et du ministre du 29 octobre 1840. Par un homme d'état*, Paris 1843, S. 6 und S. 102.

97 Rede Guizots in der Chambre des députés vom 19. Januar 1842, zit. nach: ebd., S. 102–103.

98 Ernest Renan, *L'avenir de la science. Pensées de 1848 (1848)*, Paris 1925, S. 364; zit. nach Jörg Fisch, *Zivilisation, Kultur*, in: GGB, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 679–774, hier S. 754.

Nach den gescheiterten politisch-konstitutionellen Experimenten von 1814/15 und 1830 sowie der anhaltenden Erfahrung innergesellschaftlicher und ideologischer Spannungen 1848/49 versuchte Napoleon III., sich zum Exponenten einer über einzelnen sozialen Interessen und Positionen stehenden »politique nationale« zu stilisieren. Dazu diente ihm zumal die Außen- und Kriegspolitik Frankreichs. So stand Frankreichs Beteiligung am italienischen Nationalkrieg gegen Österreich 1859 in der französischen Wahrnehmung für einen ideologisierten Krieg im Namen der »politique nationale« und des damit verbundenen progressiven Selbstverständnisses der Nation. »Politique« stand wie bei Guizot für einen postrevolutionären Versöhnungsbegriff. Die Legitimation der französischen Nation durch den Anspruch auf das moralisch bessere Recht reflektierte eindrucksvoll die *longue durée* der Bestimmungen von 1789/92, an die man nun programmatisch wiederanknüpfen konnte. Aus diesem argumentativen Deutungsreservoir ergaben sich auch die Bedeutungselemente von Befreiung und Emanzipation hinter der »politique nationale«, die zugleich auf die universelle Mission Frankreichs verwies und es Napoleon erlaubte, sich als Verkörperung der universellen progressiven Zeitkräfte darzustellen:

»Tout ce qui est juste est bon pour l'humanité, tout ce qui est bon pour l'humanité est bon pour la France, car ce qui fait la grandeur de la France c'est que sa vraie politique, sa politique nationale est aussi la politique de l'humanité. C'est toujours en se plaçant au point de vue général qu'elle grandit. Et jamais on ne la vit abaissée ou amoindrie que lorsqu'elle abandonna la grande cause de la justice pour servir les intérêts égoïstes de telle ou telle classe ou l'ambition de telle ou telle dynastie. Toutes les fois qu'un gouvernement a suivi en France la politique vraiment française, celle qui, sortie toute brûlante du sentiment populaire, provoque au dedans l'enthousiasme, au dehors la sympathie, ce gouvernement a fait de grandes choses, et la victoire s'est rangée sous ses drapeaux.«⁹⁹

Die Vereinnahmung von *politique* zur Konturierung nationaler Selbst- und Feindbilder steigerte sich im Kontext des Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland 1870. Sie charakterisierte nicht allein Anhänger des Zweiten Kaiserreichs, sondern wurde weit darüber hinaus zu einem Kennzeichen des Umgangs mit den epochalen Krisenerfahrungen Frankreichs. Ernest Renan unterschied in diesem Sinne zwei antagonistische Politikbegriffe, für die Deutschland und Frankreich standen, und zwischen denen keine Vermittlung denkbar sei. Hier zeigte sich bereits das später analytisch von Carl Schmitt betonte Freund-Feind-Paradigma als Katalysator der Politik-Begrifflichkeit: Differenzbestimmung und Distinktionsfunktion ließ allein die Unterscheidung

99 Charles Fauvety, *Du Principe de nationalité. L'Italie*, Paris 1859, S. 28.

von Freund und Feind zu.¹⁰⁰ Das voluntaristische Modell einer integrativen französischen Staatsbürgernation grenzte Renan von dem deutschen Nationsentwurf und seinen primär ethnischen Prämissen ab. Besonders aufschlussreich war vor allem sein Hinweis auf den spezifischen Charakter, den ein Krieg annehmen müsse, der um eine ethnisch konnotierte Nationsbildung und ein entsprechendes Verständnis von Politik geführt werde. Dies könne nur ein Vernichtungskrieg mit dem Ziel sein, den als ethnischen Feind angesehenen Gegner auszulöschen. Die Auffassung von der ethnischen Homogenität europäischer Nationen und die Vorstellung einer möglichen Trennung ethnischer Gruppen im Nationsbildungsprozess sei jedoch illusionär und werde dem historisch gewachsenen Europa, seinen ethnischen Mischungen, Übergängen und Überlappungen nicht gerecht. Eine auf diesen Annahmen beruhende Politik, die unweigerlich mit Kriegen einhergehen müsse, werde Deutschland teuer bezahlen:

»De même qu'une nation légitimiste se fait hacher pour sa dynastie, de même nous sommes obligés de faire les derniers sacrifices pour que ceux qui étaient nés à nous par un pacte de vie et de mort ne souffrent pas violence [...] Notre politique, c'est la politique du droit des nations; la vôtre, c'est la politique des races [...] très-peu de pays possédant une race vraiment pure, ne peut mener qu'à des guerres d'extermination, à des guerres »zoologiques« [...] Vous avez levé dans le monde le drapeau de la politique ethnographique et archéologique en place de la politique libérale; cette politique vous sera fatale.«¹⁰¹

Darüber hinaus unterschied Renan auch zwischen einem engeren Politikbegriff, den er mit den politischen und administrativen Eliten verband, und den »questions démocratiques«, denen nach dem Zeitalter der Kriege zwischen Nationalstaaten die Zukunft gehöre: »On verra la fin de la guerre quand, au principe des nationalités, on joindra le principe qui en est le correctif, celui de la fédération européenne, supérieure à toutes les nationalités, ajoutons: quand les questions démocratiques, contre-partie des questions de la politique pure et de diplomatie, repondront leur importance.«¹⁰²

100 Vgl. dazu die Ausführungen im letzten Teil dieses Beitrags.

101 Ernest Renan, Nouvelle lettre à M. Strauss, 15. September 1871, in: ders., *La réforme intellectuelle et morale*, 4. Aufl. Paris 1875, S. 198–199.

102 Ders., *La Guerre entre la France et l'Allemagne*, in: *Revue des deux mondes*, 15. September 1870, wieder in: ders., *Réforme* [wie Anm. 101], S. 123–166, hier S. 164.

2. Italien: »Politica« zwischen fürstlichem Arkanum und politisierter Öffentlichkeit

Wie in Frankreich setzte man sich auch in Italien nach dem Auslaufen des Revolutionszeitalters und der napoleonischen Herrschaft nach 1815 von konservativer Seite mit der Ideologisierung der Politikbegrifflichkeit auseinander. Sie resultierte für die Zeitgenossen aus der Verwirrung überkommener Begriffe und dem semantischen Wandel der tradierten Vokabulare. Die Revolutionäre der Gegenwart, so Antonio Graf Canosa, der sich 1833 für ein hartes Vorgehen gegen die Aufstandsbewegungen in den italienischen Staaten einsetzte, zeichne die Fähigkeit aus, das überkommene Vokabular mit neuen und gefährlichen Inhalten zu versehen. Davon war neben den Begriffen *Etica* und *Giustizia* insonders die *Politica* betroffen:

»Nulla di più facile per i nostri rivoluzionarj. Essi avendo accoppiato le stranissime idee della ribellione col diritto (il quale non può collegarsi che colla sola legittimità), e le qualità contraddittorie della superbia colla debolezza, si sono fortificati colla mutazione degli antichi vocaboli, e coll'altri inventarne tutti nuovi di conio. Col cangiamento de' vocaboli intanto, presso la sempre stolta moltitudine, sono essi arrivati ad alterare il principio e le massime fondamentali della pubblica credenza, della Morale, non che i principj di Politica, d'Etica, e Giustizia universale.«¹⁰³

Die ideologische Aufladung der Politik-Semantik in der Erinnerung an die Französische Revolution in Italien und die progressiven französischen Institutionen während der napoleonischen Herrschaft charakterisierten vor allem die vielfältigen Oppositionsbewegungen nach 1815. In den Augen der italienischen Regierungen wurde selbst der Ausdruck der »interessi politici« zum Ausweis einer oppositionellen und damit potenziell systemgefährdenden Haltung. Vor dem Hintergrund der scharfen Zensurbedingungen, die vor allem im Kirchenstaat und in Lombardo-Venezien herrschten und als Folge der Aufstandsbewegungen zu Beginn der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts unter maßgeblicher Mitwirkung Metternichs noch einmal erheblich verschärft wurden, entwickelte sich eine Neigung zur Vermeidung von im weitesten Sinne konstitutionell oder national und damit oppositionell konnotierten Begriffen, zu denen auch die Semantik des Politik-Wortfeldes gehörte: »Nella stampa di que'tempi era rigorosamente inibito non che parlar di politica, nemmeno usarne il vocabolo, ed ogni volta che mi occorre parlare di »interessi politici«,

103 [Antonio Graf Canosa], Sulla Corruzione del secolo circa la mutazione dei vocaboli e delle idee. Lettera ad un amico, Italia [o.O.] 1833, S. 9.

mi fu forza, tramutando la frase, parlar degli ‚interessi civili‘, in luogo d’Italia, di Patria, di Nazione, imposto il vocabolo di »paese«.«¹⁰⁴

Vor allem in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts und während der Revolution von 1848/49 erhöhte sich in Italien wie auch in anderen europäischen Kontexten angesichts der Ausdifferenzierung des politischen Massenmarktes die Unübersichtlichkeit der Politik-Semantik, auf die man mit dem Versuch der rationalen Systematisierung, Objektivierung und Verwissenschaftlichung reagierte, um der Ideologisierung der Bedeutungen und damit der ungebremsten Polarisierung politischer und sozialer Projektionen vorzubeugen. Entsprechend fielen die programmatischen Ziele der zahllosen politischen Wörterbücher aus. Hinter dem Rekurs auf wissenschaftliche Rationalität und aristotelische Prämissen stand aber eine grundlegend veränderte soziale Umwelt mit neuen Teilhabeansprüchen. Von der Dynamik gesellschaftlicher Veränderung war *politica* nicht mehr abzukoppeln. Während es in den absoluten Monarchien ausreiche, wenn der Fürst und die Spitze der Staatsregierung über den Begriff Bescheid wisse, würden in den konstitutionellen Monarchien und den demokratischen Republiken durch Parlamente, Wahlen und Presse alle unmittelbar zur Parteinahme gezwungen. Diese Politisierung aber mache ein Wissen um den Gehalt des Begriffes *politica* auf breiter sozialer Basis unumgänglich. Aus dieser Konstellation heraus ergab sich das Interesse an politischen Wörterbüchern:

»La politica è la scienza di ben governare. Nelle monarchie assolute, egli basta che la conosca il principe e la conoscano i pochi ch’egli adopera a consigliarlo e a servirlo nelle cose di Stato [...] Ma nelle monarchie costituzionali e nelle repubbliche democratiche, le assemblee deliberanti, le elezioni e la libertà della stampa chiamano ogni individuo a prender parte od almeno interesse ed amore alle faccende dello Stato [...] Laonde la presente utilità ed opportunità di un Dizionario politico non richiede altre prove [...] Chi conosce il valore delle voci di una scienza, già possiede buona parte di essa.«¹⁰⁵

3. Großbritannien: Die Semantik des Wortfeldes zwischen staatlichem Funktionswandel und sozialer Transformation

Auch in Großbritannien registrierte man nach 1815 und vor allem im Kontext der sich verschärfenden Reformdebatten seit Mitte der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts eine Veränderung der Politik-Semantik. Allerdings konzentrierten sich semantische Bestimmungen hier stärker als in Frankreich oder Deutschland auf den Aktionsraum des Parlaments und der politischen Fraktionen in

104 Francesco Predari, I primi vagiti della libertà italiana in Piemonte, Mailand 1861, S. 65–66.

105 Dizionario Politico nuovamente compilato. Ad uso della gioventù italiana, Torino 1849, o.S.

Westminster. Obwohl diese nach 1815 keinesfalls moderne Parteien mit entsprechender interner Disziplinierung und äußerer Organisation darstellten, knüpften zeitgenössische Begriffsbestimmungen doch hier an. Dabei fällt die kritische Abgrenzung gegenüber politischen Parteien und einer Form von »politics« auf, die als Ausdruck einer Verschleierung egoistischer Interessenstandpunkte aufgefasst wurde: »There is no act of treachery, or meanness of which a political party is not capable; for in politics there is no honour.«¹⁰⁶ Auf die Phase von den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts bis zu Beginn der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts angewandt, erschien »politics« als ein Synonym für »the art of governing mankind by deceiving them«.¹⁰⁷ Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang auch das programmatische Selbstbekenntnis der *Manchester Statistical Society*, die sich 1834 in ihrem Jahresbericht im Hinblick auf wissenschaftliche Autonomie als »Society for the discussion of subjects of political and social economy, and for the promotion of statistical inquiries, to the total exclusion of party politics« darstellte.¹⁰⁸ Diese kritische Wendung gegen »politics« als Interessenbegriff, der wissenschaftliche Objektivität und Gemeinwohlorientierung auszuschließen schien, blieb ein entscheidender Bestimmungsfaktor englischer Politik-Diskurse. Im *Nonconformist* von 1842 hieß es, »Whig politics [...] appear to exert a peculiar unhappy influence upon character«.¹⁰⁹ Solche Pejorativbestimmungen standen auch hinter den Neologismen aus dem semantischen Feld, so etwa im Falle der Neuschöpfung »Politicalism«, die bereits vor 1850 nachweisbar ist.¹¹⁰

Die Wahrnehmung der in Bewegung geratenen politischen Vokabulare und damit der zeitgenössischen Diskurse in politischen Traktaten provozierte Versuche der systematischen Definition, mit der man der semantischen Vielfalt und Unübersichtlichkeit hinter den in parlamentarischen und außerparlamentarischen Debatten verwandten Begriffen Herr zu werden suchte. George Cornwall Lewis argumentierte in seinen *Remarks on the Use and Abuse of Some Political Terms* von 1832: »Perhaps there is no moral or political treatise of any length, certainly no considerable argumentative work, of which the conclusions are not in some degree affected by an incautious employment, or an unper-

106 Benjamin Disraeli, *Vivian Grey*, Bd. 4, London 1826, Kapitel I.

107 Isaac Disraeli, *Curiosities of Literature*, o. O. 1866, S. 339.

108 Zit. nach: David Elesh, *The Manchester Statistical Society: A Case Study of Discontinuity in the History of Empirical Social Research*, in: Anthony Oberschall (Hg.), *The Establishment of Empirical Sociology. Studies in Continuity, Discontinuity, and Institutionalization*, New York 1972, S. 33; vgl. Eckart Pankoke, *Soziologie*, in: GGB, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 997–1032, hier S. 1022.

109 *Nonconformist*, Bd. 2 (1842), S. 656.

110 Worcester, *Christian Observer*, zit. nach: *Oxford English Dictionary. New Edition*, Bd. 12, Oxford 1989, S. 34.

ceived ambiguity, of language.«¹¹¹ Hinter der Politik-Semantik stand eine durch Meinungs- und Interessenkämpfe veränderte Öffentlichkeit, die sich unterschiedlichster »political arguments« bediente:

»The following researches [...] relate, not to the truth of any particular propositions, but to the meaning of certain terms used in political reasoning; which being often employed with different senses in the premises and conclusion, have given rise to countless inconclusive arguments, and have thus caused fallacies of argument in the proper meaning of the word [...] The number of political arguments now sent forth into the world by means of newspapers, magazines, reviews, and other periodical publications, is so great, that errors arising from the indistinctness of words are embodied in a thousand forms, and multiplied in a constantly increasing progression.«¹¹²

Auffällig war im Gegensatz zu kontinentaleuropäischen Versuchen der Trennung zwischen privater Moral und öffentlicher Politik auch das Festhalten an der bereits im 18. Jahrhundert im englischen Sprachgebrauch nachweisbaren Überbrückung beider Ebenen. 1846 wandte sich ein Unterhausabgeordneter kritisch gegen die »wily and mischievous distinction between private and political morality, which has been already employed to shelter injustice and sanctify corruption, and patronize crime«.¹¹³ Kritisch kommentierte Giuseppe Mazzini aus dem Londoner Exil die kontinentaleuropäischen Konflikte der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und die Karriere einer neuen Generation von Politikern wie Bismarck und Cavour. Sein Schlüsselbegriff war »political tendency«. Er stand für politischen Opportunismus und Prinzipienlosigkeit. 1871 betonte er in der *Contemporary Review*, auf deutscher Seite kämpfte das deutsche Volk zwar um »nationality«, aber Bismarck sei wie auch Cavour »a man of political tendencies, not of principles«, und die preußische Monarchie könne, genau wie im Falle Italiens, dem eigenen Volk lediglich »the form but not the soul of unity« geben.¹¹⁴

Die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts brachten in Großbritannien einerseits eine Ausdifferenzierung der Politik-Begrifflichkeit, welche den Funktionswandel der Öffentlichkeit sowie die Transformation des parlamentarischen Systems und seiner Kommunikationsmedien widerspiegelte. Die *Contemporary*

111 George Cornwall Lewis, *Remarks on the use and abuse of some political terms*, London 1832, S. V.

112 Ebd., S. VI und XX.

113 Henry Richards (M.P.), *Defensive War*: extracted from a Lecture delivered at the Hall of Commerce, Threadneedle Street, London, February 5th, 1845, London 1846, S. 12; vgl. auch *An Examination of the Principles which are considered to support the Practice of War*. By a Lady. Tract Nr. VIII of the Society for the Promotion of Permanent and Universal Peace, London 1839.

114 Giuseppe Mazzini, *The Franco-German War*, in: *Contemporary Review* 17 (1871), S. 1–14, hier S. 4–5.

Review von 1869 verwendete in diesem Zusammenhang den Ausdruck »to politicize in your paper«.¹¹⁵ Diesen Wandel medialer Vermittlungsstrategien und kommunikativer Foren dürfte auch Gladstone vor Augen gehabt haben, als er 1879 in einer öffentlichen Rede »practical politics« mit »politics of the coming election« gleichsetzte und damit wohl auch die Sichtweise seines Publikums wiedergab.¹¹⁶ Demgegenüber standen Versuche, den Bedeutungsgehalt von *politics* zu historisieren, wobei man, wie in der *Encyclopedia Britannica* von 1883 auf die frühneuzeitliche Begründung eines empirischen, anti-normativen Begriffs verwies: »Machiavelli [...] founded the science of politics for the modern world, by concentrating thought upon its fundamental principles.«¹¹⁷ Edward Jenks' 1900 erschienene Monographie *A History of Politics* stand in dieser Tradition und unternahm den Versuch, die Vielfalt semantischer Variationen durch eine Konzentration auf staatliches Handeln und soziale Prozesse zu reduzieren. Damit wurden jene semantischen Pole sichtbar, welche das Begriffsfeld zu Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichneten: »By ›Politics‹ we mean the business of Government, that is to say, the control and management of people living together in a society.«¹¹⁸ Weniger die Identifizierung dieser Pole an sich war aufschlussreich als vielmehr die Funktionszuweisungen von »control« and »management«, hinter denen eine weitgehende Erwartung gegenüber den Möglichkeiten staatlichen Handelns und der davon ausgehenden Regulierung gesellschaftlicher Veränderungen stand.

4. Deutschland: Machtpolitik, Realpolitik, Interessenpolitik – das Deutungsmuster im Spannungsfeld zwischen Ideologiekritik und ambivalenter Modernisierung

Die Erfahrung der Revolution und der antifranzösischen Kriege reichte über 1815 hinaus. Angesichts der neuen Valenz kollektiver Identifikationsbegriffe wie ›Nation‹ und ›Volk‹ trat der überkommene Politikbegriff, soweit man ihn im Sinne des 18. Jahrhunderts mit bloßer Staatsverwaltung assoziierte, zurück. Das Zeitalter der Befreiung war für den zeitgenössischen Militär- und Kriegstheoretiker Carl Georg von Venturini mit dem Sturz Napoleons und der militärischen Niederlage Frankreichs keinesfalls beendet. Hier wurde der durch den Krieg entwickelte nationalpolitische Erwartungshorizont sichtbar. Der

115 *Contemporary Review* 10 (1869), S. 11.

116 Gladstone, Speech at Dalkeith, in: ders., *Gleanings of the past Years 1843–1878*, London 1979, zit. nach: *Oxford English Dictionary. New Edition*, Bd. 12, Oxford 1989, S. 32.

117 *Encyclopaedia Britannica*, Bd. 15, London 1883, S. 150.

118 Edward Jenks, *A History of Politics*, London 1900, S. 1.

Krieg markiere den Beginn einer Entscheidungsphase, einer kritischen Periode in der inneren Bewegung der Völker, die den klassischen Primat fürstlicher Kabinettspolitik infrage stelle. Die monarchisch-fürstliche Politik fungierte hier als Gegenbegriff zum neuartigen Erfahrungsgehalt von Nation und Volk:

»Denn damit, dass der Tyrann gestürzt und die wilde Rotte in ihre heimischen Marken zurückgetrieben wurden, ist die Befreiung noch nicht vollendet. Nur die Krisis ist bewirkt, welche, sollten wir sie nicht durch erfrischte Lebenskraft überstehen, leicht den gefährlicheren Rückfall erzeugen könnte. Das ist die Ansicht eines deutschen Gemüths von den Völker- und Staatsumwälzungen beim Ausbruche des großen Freiheitskriegs. In dieser Ansicht spielt die Politik mit allen ihren Berechnungen nur eine untergeordnete Rolle. Der Geist, welcher die Völker trieb, steht höher, und ihn allein erkennt man als zureichenden Erklärungsgrund des Ungeheuren, was geschah.«¹¹⁹

Der Gegensatz zwischen ideologischen und gesellschaftlichen Umbruchserfahrungen einerseits und vielfältigen Kontinuitäten der wirtschaftlichen Strukturen aus der traditionellen Ordnung andererseits schlug sich in Versuchen der Bestimmung von Politik nach 1815 nieder. Wo sich Karl Heinrich Rau 1816 gegen die Ansicht wehrte, die Nationalökonomie habe »keine Stelle in dem Systeme der Politik«, da reflektierte er eine offenkundig noch weit verbreitete Ansicht.¹²⁰ Blieb der Bereich der Ökonomie also von Politik geschieden, trat der im Blick auf die Periode der Französischen Revolution und Napoleons dominante Gegensatz zwischen Ideologie und Politik nun deutlich hervor. Im *Staatslexikon* von Rotteck und Welcker resümierte der Autor des Artikels über Ideen, Ideologie und Interessen, der Begriff der Ideologie sei seit Napoleon pejorativ besetzt und bezeichne den »Gegensatz [...] zwischen dem politischen Handeln [...] und dem Denken einer Intellektuellenschicht, die in ihrer Wissenschaft das Programm eines Handelns entwickeln will, an dem sie selbst nicht verantwortlich beteiligt ist.«¹²¹ Noch deutlicher hieß es 1836: »Als zu seiner Zeit Napoleon die Ideologie von der Politik abzuhalten für nötig hielt, öffnete er dagegen für alle Fähigen [...] eine durch Prämien und Anstellungen

119 Carl Heinrich Georg von Venturini, Rußlands und Deutschlands Befreiungskriege von der Franzosen-Herrschaft unter Napoleon Buonaparte in den Jahren 1812–1815. Erster Theil: Krieg in Rußland 1812, Leipzig 1816, S. 78–79.

120 Karl Heinrich Rau, über das Zunftwesen und die Folgen seiner Aufhebung, Leipzig 1816, S. 45; vgl. GGB, Bd. 3, S. 796.

121 [Von S., Anonym] Ideen, politische, und Ideologie; ideelle und materielle Interessen, in: Carl von Rotteck/Carl Theodor Welcker (Hg.), Staats-Lexicon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands, 15 Bde., Altona 1834–1843, 4 Ergänzungsbd., Altona 1846–1848, hier Bd. 8, 1839, S. 283–294, hier S. 290.

und angemessene Beschäftigungen anlockende Laufbahn«.¹²² Diese bemerkenswerte Begriffsdifferenzierung verwies bereits auf die ideologiekritische Wendung der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts, welche die deutsche Politik-Begrifflichkeit tiefgreifend prägen sollte. Die semantischen Ausdifferenzierungen von Politik wurden zumal seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts deutlich, in denen eine Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft offenkundig wurde, die in dieser Form den Verhältnissen der römischen *res publica* fremd gewesen war. Für Carl Theodor Welcker zeigte sich das in der Bestimmung von »öffentlich« am klarsten:

»Das eine deutsche Wort »öffentlich« bezeichnet, wie das lateinische »publicum«, drei verschiedene Begriffe. Für's erste bezeichnet es das Politische, oder das, was den Staat, das Gemeinwesen angeht [...] Für's zweite bezeichnet es das, was alle einzelne Bürger, alle Teilnehmer der Societas oder Genossenschaft, angeht, was ihnen allen gemeinschaftlich ist als Gut und Recht, oder als Last und Pflicht. Für's dritte endlich bezeichnet er das Nichtgeheime«.¹²³

Die Wendung gegen den mit den Regierungskabinetten identifizierten Politik-Begriff wurde für die frühliberale und nationalpolitische Opposition im deutschen Vormärz zu einem wichtigen Kennzeichen. Daran knüpfte sich zumal im Kontext der französischen Julirevolution 1830 und der Dynamisierung von Oppositionsbewegungen in den deutschen Bundesstaaten die Hoffnung auf eine umfassende Neubestimmung der äußeren und inneren Politik. Die Argumentation des radikal-demokratischen Publizisten Johann Georg August Wirth ging vor allem von einer Neubestimmung der äußeren Politik aus, die allein Ausdruck des souveränen Volkswillens sein und den Volksinteressen dienen sollte. Dies, so seine enthusiastische Erwartung, werde Kriege zukünftig unmöglich machen. Er glaubte, darin Giuseppe Mazzini und der *Giovine Italia* ähnlich, an die transnationale Solidarität der in ihrem Freiheitsstreben und ihrer Fortschrittsgesinnung miteinander verbundenen Völker und an die gegenseitige Achtung der Nationalitäten als Bedingung eines allgemeinen Zeitalters des Friedens. Das schloss Nationenkriege a priori aus und setzte auf einen durch die Prinzipien der Volkssouveränität, Nationalität und Solidarität neu konnotierten Politik-Begriff:

122 Heinrich Eberhard Gottlob Paulus, Des Großherzogl. Badischen Hofgerichts zu Mannheim vollständig motivirtes Urtheil über die in dem Roman: Wally, die Zweiflerin, angeklagten Preßvergehen, Heidelberg 1836, zit. nach: Ulrich Dierse, Ideologie, in: GGb, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 131–170, hier S. 145.

123 Welcker, Öffentlichkeit, in: Rotteck/Welcker (Hg.), Staatslexicon [wie Anm. 121], Bd. 12, 1841, S. 256; zit. nach Lucian Hölscher, Öffentlichkeit, in: GGb, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413–468, hier S. 420, Anm. 29.

»Gerade umgekehrt verhält es sich aber, wenn in der europäischen Staatengesellschaft das Prinzip der Volkssouveränität das Übergewicht erlangt hat. Die äußere Politik hat alsdann die Beförderung der Interessen der Völker selbst zum Zwecke. Diese fallen aber, nach der Ordnung der Natur, in eines zusammen, und eben darum ist auch nach der ewigen Ordnung der Dinge nicht der Krieg, sondern der Weltfriede die Bestimmung des menschlichen Geschlechts.«¹²⁴

Vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung der politischen Strömungen seit der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts vereinnahmten die unterschiedlichen politischen Bewegungen und Strömungen verschiedene Bestimmungsmuster des Wortfeldes Politik. Die affirmative oder kritische Konnotation von »Politik« und »politisch« erlaubte dabei die Stabilisierung und Abgrenzung der eigenen Position gegenüber konkurrierenden Agenden. Exemplarisch wurde dies in der Kritik Arnold Ruges am vormärzlichen Liberalismus aus der Perspektive des demokratischen Radikalismus der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts erkennbar. Mit der Festschreibung des Partikularismus Deutschlands im Deutschen Bund sei die Umsetzung dieser demokratischen Freiheitsidee als konsequente Umsetzung des Erbes von 1789 verhindert worden. In dieser Situation sei der Liberalismus entstanden, »d.h. auf Deutsch die gute Meinung, die frommen Wünsche für die Freiheit, die »Freisinnigkeit« oder die Sympathien mit der Demokratie – »in der Gesinnung«.¹²⁵ Im Gegensatz zu einer handlungsorientierten politischen Bewegung habe diese soziokulturelle Gesinnung eben »keine Partei«, sondern »ein unpolitisches, nämlich ein rein theoretisches und passives Verhalten in der Politik« beinhaltet. In der Gesinnung, in der die Amalgamierung vorpolitischer aufgeklärter Dispositionen und konstitutioneller Erwartungen idealtypisch hervortrat, schienen für Ruge alle Schwächen der deutschen Liberalen vereinigt.¹²⁶ Es handele sich dabei nur um einen Reflex auf jene »Eigenthümlichkeit der Deutschen [...], dass sie keine politische Parteien haben.« Die im Vergleich zu anderen Ländern ethisch-universalistische Aufladung von Liberalismus erschien fast wie eine Kompensation der verhinderten konkreten Machtteilhabe. Wo bei den Autoren des *Staatslexikons* noch das Ideal einer interessenlosen *societas civilis sive res publica* nachwirkte, gelangte Ruge zu einer grundsätzlichen Kritik an der ideologischen »Gegensatzlosigkeit«, die auf eine Überwindung aller Konflikte durch den gesinnungsethischen Rekurs auf die bildungsbürgerlichen Identifi-

124 Johann Georg August Wirth, Die politische Reform Deutschlands. Noch ein dringendes Wort an die deutschen Volksfreunde, Straßburg 1832, S. 36.

125 Arnold Ruge, Selbstkritik des Liberalismus (1843), in: Arnold Ruge/E. Th. Echtermeyer (Hg.), Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst (1843), S. 1–12, zit. nach: Arnold Ruge, Sämtliche Werke, 2. Aufl. Bd. 4, Mannheim 1847, S. 76–116, hier S. 84.

126 Ebd., S. 87.

kationsbegriffe Vernunft und Fortschritt setzte. Ruges Abgrenzung erfolgte über eine Neubestimmung von Politik im Sinne demokratisch verstandener Volkssouveränität, der sich vom bloßen Gesinnungshabitus der konstitutionellen Liberalen unterschied.¹²⁷

Eindeutig erwiesen sich die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts für den deutschen Diskurs als Inkubationsphase neuer semantischer Bestimmungen. Das galt zunächst für den Politik-Begriff selbst, auf den die dynamische Ideologisierung von Positionen in Staat und Gesellschaft zurückwirkte. Während der liberale Publizist Alfred Rutenberg vor dem Hintergrund der Trennung zwischen liberalen und demokratischen Oppositionsströmungen 1842 von den »um Politik unbekümmerten Deutschen« sprach¹²⁸, stand dies bereits im offenkundigen Gegensatz zu einer allgemeinen Zeittendenz, die auf eine andere Bedeutungsrichtung verwies. Exemplarisch kam sie in einer Rezension zur preußischen Verfassungsfrage in den *Hallischen Jahrbüchern* 1841 zum Ausdruck: »Politik ist der Kern des modernen Lebens, ist der Mittelpunkt der gegenwärtigen Geistesbewegung, und die Journalistik ist eben der Ausdruck dieses bewegten Geistes selbst.«¹²⁹ Die neuen Konnotationen, welche seit Beginn der vierziger Jahre wirkten, bezogen sich zum einen auf die gesellschaftliche und ökonomische Veränderung der Wirklichkeit. Für diesen Komplex griff Karl Gutzkow im Rückblick auf den »Industrialismus« zurück, der die ganze bürgerliche Gesellschaft erfaßt habe, »Kunst, Literatur, Politik sind Nebenzweige dieses Stammes geworden«.¹³⁰ Karl Biedermann definierte 1847 die »Sozialwissenschaft oder den Sozialismus« als »die Wissenschaft«, die im Gegensatz zu »Politik, [...] Rechtswissenschaft [...] Staats- und Volkswirtschaftslehre« nicht allein »einzelne Seiten oder Beziehungen der gesellschaftlichen Zustände berücksichtigen«, sondern das »Zusammenleben der Menschen und die gesellschaftlichen Verhältnisse in größter Allgemeinheit zum Gegenstande der Betrachtung erheben« wolle.¹³¹ In diesen neuen Leitbegriffen äußerte sich eine grundlegend veränderte Wahrnehmung der sozialen Umwelt.

Das andere beherrschende Bestimmungsmuster rekurrierte auf Politik und Religion als prägende Deutungsmuster der Gegenwart. »Praktisch« seien, so Friedrich Engels im Rückblick, »im damaligen theoretischen Deutschland vor

127 Vgl. ebd., S. 90 und 84–85.

128 Adolf Rutenberg, *Radical, Radicalismus*, in: Rotteck/Welcker (Hg.), *Staatslexicon* [wie Anm. 121], Bd. 13, 1842, S. 410; vgl. GGB, Bd. 5, S. 120.

129 C. F. (anonym), Rezension, *Zur Verständigung über die preußische Verfassungsfrage*, o.J., in: *Hallische Jahrbücher* 64, 16. März 1841, S. 256.

130 Karl Ferdinand Gutzkow, *Rückblicke auf mein Leben* (1875), in: ders., *Werke*, Bd. 4, Berlin 1876, S. 264.

131 Karl Biedermann, *Vorlesungen über Sozialismus und soziale Fragen*, Leipzig 1847, S. 5ff.

alles zwei Dinge« gewesen: »die Religion und die Politik«.¹³² Religionskritik wurde zur Kritik der Politik. An diesen neuen semantischen Beziehungsstrukturen zeigte sich eine Übertragung von Politik auf andere Lebensbereiche, die der ideologischen Kritik zugänglich gemacht wurden. Ludwig Feuerbach betonte 1842, das Christentum sei an sein Ende gelangt und der demokratische Staat müsse nun ohne die tradierte Kirche eine religiöse Aufgabe übernehmen. Der Dualismus zwischen *regnum* und *sacerdotium* ging für ihn in einen umfassenden Politik-Begriff über: »Denn religiös müssen wir werden – die Politik muß unsere Religion werden.«¹³³

Der Rekurs auf Politik erlaubte in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch den vergleichenden Blick auf europäische Entwicklungen und verstärkte den Topos der vermeintlich unpolitischen Deutschen. Für Engels grenzte die Industrielle Revolution als epochale Zäsur die Vorgeschichte der arbeitenden Klassen von ihren neuen politischen Entwicklungen ab: »Wie in Frankreich die Politik, so war es in England die Industrie und die Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt, die die letzten in die Apathie gegen allgemein menschliche Interessen versunkenen Klassen in den Strudel der Geschichte hineinriß.«¹³⁴ In den Rheinischen Jahrbüchern unterstrich man 1845 den Gegensatz zwischen französischer Praxis und deutscher Theorie: »Die Franzosen kamen durch die Politik zum Communismus, die Deutschen durch die Metaphysik, die zuletzt in Anthropologie umschlug, zum Socialismus. Beide lösen sich zuletzt in Humanismus auf.«¹³⁵

Diese Aufladung des Politik-Begriffs mit weitgespannten sozialen Veränderungserwartungen stand in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Kontext einer neuen Methode der Geschichts- und Wirklichkeitsanalyse. Der von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelte Deutungsanspruch lief auf eine

132 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie (1886), in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hg.), Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, 39 Bde., Ergänzungsbd. Teil 1–2. Berlin (Ost) 1956–1968 [im Folgenden MEW], hier Bd. 21, Berlin 1962, S. 270; vgl. Wolfgang Schieder, Sozialismus, in: GGb, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 923–996, hier S. 950; Hermann Braun, Materialismus – Idealismus, in: ebd., Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 977–1020, hier S. 1003.

133 Ludwig Feuerbach, Notwendigkeit einer Reform der Philosophie (1842), in: Alfred Schmidt (Hg.), Ludwig Feuerbach, Anthropologischer Materialismus. Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Frankfurt/M. 1967, S. 78; vgl. Boldt/Conze/Klippel/Koselleck, Staat und Souveränität [wie Anm. 48], S. 41.

134 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England (1845), in: MEW, Bd. 2, Berlin 1957, S. 239.

135 Hermann Semmig, Communismus, Socialismus, Humanismus, in: Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform 1 (1845), S. 171; zit. nach Dietrich Hilger/Lucian Hölscher, Industrie, Gewerbe, in: GGb, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 237–304, hier S. 295; Schieder, Sozialismus [wie Anm. 132], S. 955.

Ideologiekritik auf der Basis einer historisch-materialistischen Klassenanalyse hinaus. Die Politik-Begrifflichkeit wurde zu einem entscheidenden Objekt dieser Analyse, weil sich hier die Verschleierung von Klassengegensätzen besonders augenfällig vollzog und die ideologiekritische Dekonstruktion besonders notwendig machte. Aufgabe jeder Kritik sei der Erweis der sozialen Wahrheit. Es ging um die Ideologiekritik als Anknüpfung der »Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe«.¹³⁶ Dies erschien Marx zumal in Deutschland wichtig, da die Deutschen seit der Reformation im 16. Jahrhundert nur theoretische Revolutionserfahrungen gemacht hätten: »Die Deutschen haben in der Politik gedacht, was die andern Völker getan haben«.¹³⁷ Nachdem aber in der Gegenwart das Jenseits als Konstrukt aus der Geschichte verschwunden sei, müsse die Wahrheit des Diesseits etabliert werden.

Auch Marx griff dabei ganz bewusst auf die semantische Beziehung zwischen Politik und Religion zurück: »Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.«¹³⁸ Der Analyse von historischen Klassenstandpunkten entsprachen die Begriffe »ständische Politik« und »staatsbürgerliche Politik«.¹³⁹ Die politische Emanzipation habe, so Marx, bisher nur die feudale Gesellschaft auflösen können. Seitdem sei die herkömmliche *societas civilis* entpolitisiert und privatisiert worden, und der bürgerliche Staat habe sich zum Diener des bürgerlichen Menschen gemacht: »die politische Emancipation war zugleich die Emancipation der bürgerlichen Gesellschaft von der Politik«.¹⁴⁰ Dem bürgerlichen Politik-Begriff stellte er eine neue Bestimmung entgegen und kritisierte die bürgerliche Staatstheorie mit ihrer Prämisse von der fundamentalen Trennung zwischen privat und öffentlich. Gerade die sogenannte Privatsphäre sei auch politisch: »Jede Privatsphäre hat einen politischen Charakter oder ist eine politische Sphäre, oder die Politik ist auch der Charakter der Privatsphären«.¹⁴¹ Die kritische Distanzierung vom

136 Karl Marx, Brief an Ruge, September 1843, in: MEW, Bd. 1, S. 344–345.

137 Ders., Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1844), Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

138 Ders., ebd., S. 379; vgl. Jäger, Opposition [wie Anm. 19], S. 504; Eike Wolgast, Reform, Reformation, in: GGB, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 313–360, hier S. 337; Werner Conze/Wolfgang Strätz/Hermann Zabel, Säkularisation, Säkularisierung, in: ebd., S. 789–829, hier S. 814.

139 Ders., Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, S. 318.

140 Ders., Zur Judenfrage, in: Deutsch-Französische Jahrbücher, Paris 1844, S. 205.

141 Ders., Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW, Bd. 1, S. 233; vgl. Werner Conze/Christian Meier, Adel, in: GGB, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 1–48, hier S. 39; Karl Martin Grass/Reinhart

bürgerlichen Politik-Verständnis wurde zu einem Kennzeichen der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. So bekannte Karl Grün 1844: »Die Politik kann keine Proletarier und keine Weiber emanzipieren; dies ist nur die Kehrseite von dem Satze: Sie kann die Arbeit nicht organisieren«. Eine neue Ordnung könne nur durch die »Organisation der Arbeit« entstehen. Sie sei mit den Vertretern der bestehenden Ordnung nicht realisierbar, sondern könne allein von der Revolution kommen.¹⁴²

Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts stellten sich insofern als wichtige Übergangsphase für die Politik-Semantik in Deutschland dar. »Politik« wurde Ausdruck gesellschaftlichen Veränderungswillens und zugleich zum Zentralbegriff einer antibürgerlichen Ideologiekritik. Symptom dieser semantischen Kontroversen war die von Alfred Rutenberg 1842 konstatierte »Sprachmengelei und Begriffsverwirrung [...] in Deutschland [...] gerade auf dem Gebiete der Politik«.¹⁴³ Am Vorabend der Revolution von 1848 wurde in der zweiten Auflage des *Staatslexikons* von 1847 das nach 1815 fortwirkende Erbe der Epoche der Französischen Revolution resümiert. Die fortschreitende Ideologisierung von Politik und die damit verbundene Pluralisierung von Interessen und Positionen in der Gesellschaft stellte auch die überkommene Trennung zwischen innerer und äußerer Politik in Frage. Wiederum bildete sich dieser Prozess in zeitgenössischen Kriegsbestimmungen ab, die als Indikator für die Veränderung der Politik-Semantik wirkten. Allen Versuchen zur Restauration eines agonalen Kriegsparadigmas, eines eingehetzten Staatenkrieges und damit einer Trennung zwischen Innen- und Außenbereich von Politik zum Trotz blieb der Zusammenhang von Revolution, Krieg und Nation ein entscheidender argumentativer Anknüpfungspunkt für die Zeitgenossen. Wilhelm Schulz hob in seinem Artikel *Frieden* die fragile Grenze zwischen innerer und äußerer Politik hervor. Wo aber Inneres und Äußeres eines Staates miteinander in Beziehung standen, da ergaben sich wie selbstverständlich auch die Verbindungen zwischen Revolution und Krieg. Aus der Sicht der bürgerlichen Liberalen dominierten nicht allein erweiterte Partizipationsvorstellungen die Semantik von Politik, sondern auch die Angst vor ihrer potenziellen Unkontrollierbarkeit: »Die Politik ist öffentlicher und die öffentliche Meinung eine Macht geworden. Die Zahl der Teilnehmenden an den Angelegenheiten jedes Ge-

Koselleck, Emanzipation, in: ebd., Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 153–197, S. 174; Hölscher, Öffentlichkeit [wie Anm. 123], S. 462.

142 Karl Grün, Über wahre Bildung. Eine Vorlesung, gehalten den 28. April 1844 zu Bielefeld zum Besten der armen Spinner im Ravensbergischen, Bielefeld 1844, S. 20 u. 24; vgl. Werner Conze, Proletariat, in: GGB, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 27–68, hier S. 48.

143 Adolf Rutenberg, Radical, Radicalismus, in: Rotteck/Welcker (Hg.), Staatslexikon [wie Anm. 128], Bd. 13, 1842, S. 408.

meinwesens hat sich vergrößert; im Innern der einzelnen Staaten selbst haben sich Parteien gegen Parteien gestellt, und jeder unbesonnene Schritt gegen das Ausland kann mit dem äußeren auch den inneren Feind bewaffnen«. ¹⁴⁴

Die Ideologisierung des Politik-Begriffs spitzte sich 1848 zu. Ludwig Bamberger griff vor diesem Hintergrund erneut auf die semantische Beziehung zwischen Politik und Religion zurück, um der umfassenden Veränderungserwartung Ausdruck zu geben. Die Menschen hätten nun plötzlich erfahren, dass sie politischen Parteien zugehörten, und die durch die Revolution eingetretene Situation gebiete es, die »Unvermeidbarkeit der Parteiverhältnisse« zu erkennen und den Konflikt zwischen den Parteien zu bejahren: »Die Religion unserer Zeit heißt: Politik und unser Bekenntnis: Freiheit!« ¹⁴⁵ Schon ein Jahr später spiegelte sich im Politik-Begriff die Angst vieler bürgerlicher Liberaler gegenüber dem Gleichheitspostulat als sozialpolitischem Prinzip. Georg Beseler führte als Begründung für den notwendigen Ausschluss der Arbeiter, Handwerker, Dienstboten und Armen vom aktiven Wahlrecht an, dass die »Frage des allgemeinen Wahlrechts« »nicht eine triviale, sondern eine der hohen Politik, eine Frage der Existenz sei. Und diese nach den Gemeinplätzen von allgemeiner Gleichheit [...] zu entscheiden, ist das Allerverderblichste«. ¹⁴⁶ Der ursprüngliche Oppositions- und Integrationsbegriff erhielt eine deutlich sozialdefensive Bestimmung.

Die Erfahrung der Revolution von 1848/49 und zumal das Scheitern der konstitutionellen und nationalen Ziele zwang in den folgenden Jahrzehnten zu einer kritischen Neubewertung der Politik-Semantik, wobei neben die soziale Konnotation von Politik nun vor allem in Deutschland die Frage nach der Zukunft von Nation und Staatensystem trat. An die Stelle einer mit der Revolution identifizierten idealisierten Politik-Begrifflichkeit trat der Versuch, den Begriff auf konkrete Machtkonstellationen zurückzuführen. Wilhelm Heinrich Riehl bewertete zu Beginn der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts den Staatsstreich Louis Bonapartes vom 2. Dezember 1851 und erkannte darin die Bestätigung, dass die soziale Bewegung und die soziale Politik die »eigentlich entscheidende Politik der Gegenwart« seien. Der Erfolg des Usurpators beruhe auf der Instrumentalisierung der kollektiven Furcht vor der sozialen Revolu-

144 Wilhelm Schulz, Frieden, Friedensschlüsse, in: Rotteck/Welcker (Hg.), Staatslexikon [wie Anm. 121], Bd. 5, 1847, S. 227.

145 Ludwig Bamberger, die intolerante Toleranz, in: Flitterwochen der Preßfreiheit (Mai 1848), in: Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin 1895, S. 42ff.

146 Georg Beseler, Protokoll zur 128. Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung vom 5. Januar 1849, in: Rudolf Hübner (Hg.), Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von J. G. Droysen, Stuttgart 1924, S. 374; vgl. Werner Conze/Helga Reinhart, Fanatismus, in: GGb, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 303–327, hier S. 325; Otto Dann, Gleichheit, in: ebd., S. 997–1046, hier S. 1038.

tion.¹⁴⁷ Zur Neuausrichtung nach 1850 trug vor allem der Erfolg von Ludwig August Rochaus' Begriff der Realpolitik bei. Die Machtergreifung Louis Bonapartes wertete er als Beleg dafür, dass nur die »Politik der Tatsachen« neue Gewalten schaffen und alte stürzen könne. So wurde der zweite Dezember 1851 zum Symbol für eine »große Epoche in der politischen Geschichte der Neuzeit«.¹⁴⁸ Johann Gustav Droysen konstatierte angesichts des Krimkrieges einen fundamentalen Wandel »im politischen Leben«, den er mit den Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft verglich: »Die Zeit der kleinen Staaten und des kleinen europäischen Staatensystems ist vorüber. Wie in der Fabrikation, so im politischen Leben reifen nur noch große Massenbildungen, immerhin mechanischer Art«.¹⁴⁹ Constantin Frantz blickte 1859 auf Frankreich und Rußland, die für ihn aus den tradierten Bahnen der europäischen Politik herausstraten: Die »Politik« solcher »Weltmächte« sei jetzt »Weltpolitik« zu nennen, »weil sie mit ihren Kombinationen den ganzen Erdball umspannt, den man gemeinhin die Welt zu nennen pflegt«.¹⁵⁰

Die semantischen Neuorientierungen nach der Erfahrung der Revolution von 1848/49 wurden zumal bei solchen Akteuren sichtbar, die nach 1850 ihre radikaldemokratischen Positionen aufgaben. So dokumentierte Julius Fröbels 1861 erschienene *Theorie der Politik* als Ergebnis einer erneuten Prüfung demokratischer Lehrmeinungen eine weitgehende Richtungsänderung, bei welcher der Primat staatlicher Macht einen positiven Politikbegriff dominierte. Die »Parteiherrschaft« in den Parlamenten schließe die Mehrheit der Bevölkerung aus. Für Fröbel erschien dies gerechtfertigt, denn der Staat als realer sittlicher Organismus könne nur von oben und nicht durch die Individuen von unten regiert werden. Einheit und Souveränität des Staates, »hohe Politik oder eigentliche Regierung«, sollten in den Händen von Fürst, Staatsrat und Ministerium liegen. Das Volk erschien nur noch als schwacher Gegenpol zur Monarchie, indem es sich auf lokaler Ebene selbst verwalten und sich im Übrigen im Privatleben bewegen sollte.¹⁵¹ Das Verständnis von Politik wurde hier von den

147 Wilhelm Heinrich von Riehl, *Die bürgerliche Gesellschaft*, Stuttgart 1855, S. 11–12.

148 August Ludwig Rochau, *Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands*, Stuttgart 1859, S. 207–208.; vgl. Dieter Groh, *Cäsarismus*, in: GGB, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 726–771, hier S. 756.

149 Brief Johann Gustav Droysens an Wilhelm Arendt, 2. Juni 1854, in: Rudolf Hübner (Hg.), *Johann Gustav Droysen, Briefwechsel*, Bd. 2: 1851–1884, Stuttgart 1929, ND. 1967, S. 263–264.

150 Constantin Frantz, *Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht*, Berlin 1859, S. 83ff.; vgl. Hermann Braun, *Welt*, in: GGB, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 433–510, hier S. 491–492.

151 Julius Fröbel, *Theorie der Politik, als Ergebnis einer erneuerten Prüfung demokratischer Lehrmeinungen*, Bd. 1: *Die Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit im State* [sic!], Wien 1861, Neudruck Aalen 1975, S. 100ff., 201–202 und 258.

sozialen Erwartungen getrennt und auf einen auf bloße Staats- und Regierungskunst hinauslaufenden Gehalt reduziert.

Gegenüber diesen Bestimmungen, welche die Nachwirkungen des konstitutionellen, sozialen und nationalen Erfahrungsumbruchs von 1848/49 widerspiegeln, blieben die zeitgenössischen lexikalischen Definitionen am tradierten staatswissenschaftlichen Politikbegriff orientiert, der in Deutschland eine durch die Prägungen des 18. Jahrhunderts besonders lange semantische Wirkungsreichweite aufwies. In der elften Auflage des *Brockhaus* von 1867 fehlten entsprechend Hinweise auf die Erfahrungsumbrüche seit 1848 oder die nationalpolitischen Projektionen von Politik. Allein die Ausdifferenzierung verschiedener Funktionsbereiche des Staatshandelns wurde jetzt erkennbar:

»Politik ist im allgemeinen der Name für alle Thätigkeiten, welche sich auf das Staatswesen im großen und ganzen beziehen, im Gegensatz zu den blos privatrechtlichen Functionen im Staate. P. als Wissenschaft ist die Naturlehre des Staats, welche ihn, seine Elemente und seine Bedingungen, die sich in ihm bewegenden Kräfte, den Charakter der Institute und der Verhältnisse mit Bezug auf Zweck und Leben des Staats zu erkennen und daraus die Gesetze des politischen Wirkens abzuleiten trachtet [...] Im übrigen hat man zwischen der äußern und innern Politik oder der Politik des äußern und innern Staatslebens zu unterscheiden. Die innere Politik zerfällt in Verfassungs- und Verwaltungspolitik. Auf die Verfassungspolitik beschränken sich die meisten neuern Bearbeitungen [...] Die Politik der einzelnen Verwaltungszweige hat sich zum Theil zu eigenen Wissenschaften erweitert. Es gibt eine Politik der Justizpflege [...] eine Politik der Polizei (Polizeiwissenschaft) [...] eine bisher selbständig noch gar nicht bearbeitete Culturpolitik, eine Wirthschaftspolitik (Volkswirtschaftspflege), eine Finanzpolitik (Finanzwissenschaft) und eine Politik der Militärverwaltung.«¹⁵²

Die Nähe und partielle Überlappung der lexikalischen Bestimmungen von »Politik« und »Polizei« unterstrich die Fortwirkung der staatswissenschaftlichen Semantik von Politik in Deutschland zumindest in den Lexika.¹⁵³ Wie lange

152 [F. A. Brockhaus], *Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon* in 15 Bdn., 11. Aufl., Bd. 11, Leipzig 1867, S. 829; vgl. Malchus, *Die Politik der innern Staatsverwaltung*, 3 Bde., Heidelberg 1823 sowie Bülow, *Die Behörden in Staat und Gemeinde*, Leipzig 1836.

153 Vgl. Brockhaus, 1867, S. 832–833.: »Polizei (vom lat. *politia*, die Staatsverwaltung) heißt die Thätigkeit der Staatsgewalt zur Entfernung der Hindernisse und Uebelstände, welche als äußere Zufälle oder als Folge menschlicher Böswilligkeit und Unvollkommenheit einer Verwirklichung der Staats- sowie der erlaubten Privatzwecke entgegenstehen und weder durch die Kräfte der einzelnen noch durch die verfassungsmäßige Wirksamkeit anderer Behörden zu beseitigen sind. Während der Justiz die Tilgung des bereits vollzogenen Unrechts und die möglichste Wiederherstellung gestörter oder verletzter Rechte nach genau festgestellten Normen zugewiesen, ferner den Nationalwirtschafts- und Bildungsbehörde eine positive Förderung der materiellen und geistigen Interessen anheimgegeben ist, kommt der Polizei die mehr negative Aufgabe zu, störende Einwirkungen auf das Wohl des Ganzen und der einzelnen fern zu halten oder wenigstens in ihren Folgen zu beschränken. In Erfüllung dieser Obliegen-

sich solche Bestimmungsmuster hier erhielten, unterstreicht auch eine lexikalische Definition von 1892. Auch in ihr blieb das entscheidende Kennzeichen die Ausdifferenzierung staatlicher Politikfelder:

»Politik, die Wissenschaft vom Staate und der zweckmäßigsten Gestaltung desselben, auch Staatskunst. Die Politik beschäftigt sich mit den Elementen, den Bedingungen, dem Zweck, den Kräften und den Einrichtungen des Staats, seiner Thätigkeit und den Formen, in welchem sich dieselbe vollzieht. Den verschiedenen Aufgaben des Staats entsprechend teilt man die Politik ein in die äußere und in die innere, und die letztere zerfällt wieder in zahlreiche Zweige, wie Handels-, Wirtschafts-, Zoll-, Münz-, Finanz- und Kirchenpolitik.«¹⁵⁴

Außerhalb der lexikalischen Bestimmungen dagegen zeigte sich seit dem Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts eine charakteristische Nähe der Politik-Semantik zu den nationalpolitischen Entwicklungen. Bereits angesichts des Italienischen Nationalkrieges von 1859 gewannen Öffentlichkeit und Nation aus der Sicht der preußischen Monarchie als Machtfaktor an Bedeutung und stellten den Primat klassischer Kabinettspolitik mit ihrem autonomen Machtkalkül infrage. So betonte Friedrich Karl Prinz von Preußen bereits im Februar 1859: »Nachdem wir die Gefühlspolitik des Kabinetts für unfruchtbar und schädlich erkannt haben, werden wir es wohl einmal mit der Gefühlspolitik der Nation versuchen müssen [...] Auch der moderne Drang der Völker, das Gefühl, dass die Nationalitäten zusammengehören, führt uns mit Deutschland Österreich zu.«¹⁵⁵ Die Semantik von Politik wurde zunehmend von nationalpolitischen Projektionen bestimmt, die zum entscheidenden Maßstab bei der Wahrnehmung der Gegenwart avancierten. Aus dem Gegensatz zwischen Politik und Nationalkraft resultierte das Ziel, die politischen Verhältnisse mit dem Entwicklungsstand der Nation zu synchronisieren. In einem Artikel der Wochenschrift des Nationalvereins über das »Bewußtsein der deutschen Nationalkraft« vom Mai 1861 hieß es: »Auf unsere politischen Verhältnisse können wir freilich noch nicht stolz sein, aber auf unsere ökonomische und wissenschaftliche Arbeit dürfen wir vor aller Welt hinweisen; und [...] dieselbe ehrliche, unverdrossene Arbeit wird uns zu dem Nationalstaate hinbringen. Darin liegt unsere Nationalkraft, unser Nationalstolz.«¹⁵⁶ Zugleich polarisierte die Wahrnehmung des Italienischen Krieges die Bestimmungen von Politik. Aus

heiten wird die Polizei zur Gehülfin fast aller andern Staatsanstalten, ohne jedoch ihre Beihilfe in eine Mitwirkung oder gar in eine ausschließende Bestimmung verwandeln zu dürfen.«

154 H. Norman [i.e. Hermann Mensch], *Politisches Konversations-Lexikon* (1892). Mit einer Einleitung von H.-G. Schumann, ND Hildesheim 1979, S. 253.

155 Friedrich Karl Prinz von Preussen, *Die nächste politische Zukunft*, 21. Februar 1859, in: *Großer Generalstab* (Hg.), [Helmuth von Moltke], *Moltkes Militärische Korrespondenz*. Aus den Dienstschriften des Jahres 1859, Berlin 1902, S. 35–36.

156 *Wochenschrift des Nationalvereins*, Nr. 57 (1861), S. 467.

der Perspektive des politischen Katholizismus folgte der Italienische Krieg mit seinem gewaltsamen Vorgehen gegen den Papst und den Kirchenstaat einer unmoralisch-revolutionären Strategie. Die Brüder Reichensperger konstatierten 1861: »Wohin eine Politik führt, welche die Religion über Bord geworfen hat, das lehren uns die italienischen Zustände. Oder ließe sich wohl eine unmoralischere Politik ersinnen, als die ist, die Sardinien gegen das unglückliche Italien befolgt? [...] in Wahrheit [ist] Sardinien's Politik eine total irreligiöse zu nennen. Aber ihre Früchte sind der Ruin der Völker.«¹⁵⁷

Die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts konfrontierten die deutsche Öffentlichkeit nicht nur aufgrund der Wahrnehmung der italienischen Ereignisse, sondern auch durch das Auftreten Bismarcks als preußischer Ministerpräsident und verstärkt seit seinen nationalpolitischen Erfolgen mit einem neuartigen Politik-Begriff, in dem sich konservative ideologische Ziele mit revolutionären Mitteln überlagerten. Mit dem Sieg Preußens über Österreich 1866 schien sich die ideologische Bestimmung von Politik in der Tradition von 1848 endgültig in eine reine Machttektonik verschoben zu haben: »An die Stelle philosophischer Spekulation« sei »die strenge Rechnung mit den mathematischen Größen« getreten. »Die Größen, mit welchen die Politik rechnet, sind Machtverhältnisse«.¹⁵⁸ Bismarcks Strategie bedeutete für die Zeitgenossen eine ungeheure Provokation, wie die vielfältigen Versuche belegen, dieser neuen Ausrichtung staatlichen Handelns ein angemessenes Etikett zu geben. Die Kontroverse um die mit Bismarck identifizierte Blut- und Eisenpolitik stand in diesem Kontext. Im Aufruf der Katholischen Volkspartei an das badische Volk vom Mai 1869 wurde die Ablehnung der kleindeutsch-preußischen Nationswerdung geradezu zum Ausgangspunkt für die Artikulation des eigenen Sonderbewusstseins, das sich gegen Preußen und den von ihm verkörperten militärisch-machtstaatlichen Politik-Begriff wandte: »Die Politik von »Blut und Eisen« kenne »im Menschen nur ein Objekt für den Militarismus und in seiner Tätigkeit nur eine Quelle für die Steuerschraube. Verminderung des stehenden Heers, Herabsetzung der Dienstzeit, Einschränkung im Staatshaushalt und Übergang zu einem gerechteren Steuersystem« seien dagegen die berechtigten Forderungen der Gegenwart.¹⁵⁹ Solche kritischen Absetzungen fanden vor 1870 in ganz Deutschland ein vielstimmiges Echo. Auf den von Bismarck for-

157 [August und Peter Reichensperger], Die Fraktion des Zentrums (Katholische Fraktion). In 12 Briefen, Mainz 1861, S. 21–22.

158 Politische Plänkeleien, in: Jahrbücher für Gesellschafts- und Staatswissenschaften 3 (1866), Bd. 6, Heft 2, S. 101; vgl. Faber/Iltting/Meier, Macht [wie Anm. 79], S. 912.

159 An das badische Volk. Aufruf der Katholischen Volkspartei, 1. Mai 1869, in: Beilage zum Badischen Beobachter, 3. Mai 1869 und Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 10 (1869), S. 174.

mulierten gewaltbereiten Naturalismus reiner Interessenpolitik rekurrierend, verteidigte der Königsberger Demokrat Johann Jacoby den Primat der Freiheit, der auch unter dem Eindruck des Kriegserfolges für ihn nicht zur Debatte stand: »Täuschen wir uns doch nicht über die politische Bedeutsamkeit kriegerischer Erfolge. Mögen immerhin andere Völker Europas auf dem Wege der Gewalt, durch eine Art Blut- und Eisenpolitik zu ihrer staatlichen Einheit gelangt sein, das deutsche Volk, eine tausendjährige Geschichte bezeugt es, hat von jeher allen solchen Einigungsversuchen erfolgreich Widerstand geleistet.«¹⁶⁰

Vor allem die Kriege von 1864 und 1866 katalysierten, wie bereits die Erfahrung der gegen Frankreich geführten Kriege zu Beginn des Jahrhunderts, ein Verständnis von Politik, das auf ein Ende der traditionellen Kabinetts politik und der Trennung zwischen äußerer und innerer Politik hinauslief, wo die Identifikation jedes Einzelnen mit dem national konnotierten Staat weit fortgeschritten schien und jede politische Handlung auf das Selbstbestimmungsrecht und die Partizipation des Volkes bezogen werden sollte. Allerdings schloss diese bürgerliche Nationsdeutung die Unterschichten dezidiert aus. Hinter der Wahrnehmung des Wandels in der Politik-Semantik stand eine neue Tektonik von Staat und Gesellschaft, wie Heinrich Blankenburg 1868 hervorhob:

»Es gibt keine Kabinetts politik mehr, es können also auch keine Kabinettskriege mehr geführt werden, seitdem der Fürst sich als Inhaber der gesetzlich geordneten höchsten Gewalt und als Gebieter über freie Männer fühlt. Das ganze Volk wird durch alle Akte der äußeren wie der inneren Politik nicht mehr bloß in Mitleidenschaft gezogen, sondern es bestimmt sich selber nach dem Maße seiner Eintracht oder sittlichen Tüchtigkeit zu eigenem Tun. Das Staatsgefühl wird immer mehr zum persönlichen Gefühle jedes einzelnen, zum integrierenden Bestandteile seines Lebensgefühles, und das hinab bis in die untersten Stände. Vom Pöbel freilich [...] kann dabei nicht die Rede sein.«¹⁶¹

Nach der Etablierung des Nationalstaates 1871 und angesichts der sozialen Konsequenzen der industriegesellschaftlichen Modernisierung verschob sich seit dem letzten Drittel des Jahrhunderts die deutsche Politik-Semantik erneut. Konstitutionelle und nationalpolitische Bestimmungselemente traten tendenziell zurück, während sich das Unbehagen an den Konsequenzen der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen immer häufiger in einer polemischen Verengung des Politik-Begriffs bei gleichzeitiger Expansion von Politik in neue Lebensbereiche zeigte. Die vermeintliche Beschränkung auf wirtschaftliche Fragen im neuen Reich schien einer Verschleierung der eigentlichen Tatsachen entgegenzukommen:

160 Johannes Hohlfeld (Hg.), *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, Bd. 1, Berlin 1951, S. 73–74.

161 Heinrich Blankenburg, *Der deutsche Krieg von 1866: Historisch-politisch und kriegswissenschaftlich dargestellt*, Leipzig 1868, S. 126–127.

»Die jetzt allgemein verbreitete grobsinnliche Anschauung, in der Politik nichts als ein Conglomerat von wirthschaftlichen Fragen, im Volksleben nichts als mechanisch neben und durcheinander geschobene Interessengruppen zu sehen, ist nicht zum geringsten Theil durch unseren Pseudoliberalismus verschuldet, der, da er sein wahres politisches Ziel aus den Augen verlor, die allgemeine Aufmerksamkeit auf das wirthschaftliche Gebiet lenkte, darauf er seine schönsten Ruhmestitel suchte.«¹⁶²

Gegen die Verwischung der Grenzen des Politik-Begriffs polemisierte Friedrich Nietzsche im Herbst 1887 anlässlich der Diskussion um die öffentliche Geltung des Christentums: »Das Christentum« sei nur »möglich als privateste Daseinsform«. Es setze »eine enge, abgezogene, vollkommen unpolitische Gesellschaft« voraus. »Ein ›christlicher Staat‹, eine ›christliche Politik‹« dagegen seien »bloß Dank-Gebets-Worte im Munde solcher, die Gründe haben, Dank-Gebets-Worte zu machen ... In praxi treibt auch der christliche Fürst die Politik Machiavells; vorausgesetzt nämlich daß er nicht schlechte Politik treibt«. ¹⁶³

Eine charakteristische semantische Neuentwicklung, welche die Veränderung von Institutionen, aber vor allem die neue Sicht äußerer Staatsaktionen und innergesellschaftlicher Positionskonflikte abbildete, wurde der Begriff der Interessenpolitik. Bismarck suchte mit diesem Begriff 1888 die äußeren Staatsinteressen auszudrücken. Außenpolitische Entscheidungsprozesse müssten ohne Verwendung von Gefühlsausdrücken betrieben werden. Es gehe nicht um Machterwerb, sondern um die notwendige Rückführung staatlichen Handelns auf die Interessen beider Seiten: »Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht [...], die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun.«¹⁶⁴ Noch Otto Ladendorf nahm diese Definition 1906 in sein *Schlagwörterbuch* auf und hob die positive Konnotation im Bismarckschen Sinne hervor. Gegen »Gefühlspolitik« und »Machtpolitik« sei »Interessenpolitik« abzugrenzen. Eine Gefahr ergebe sich erst, wenn die »Interessenpolitik in unvorsichtiger und unzulässiger Weise gesteigert« werde.¹⁶⁵ Aus dieser außenpolitischen Prämisse erwuchs nach 1890 und dem Abschied Bismarcks eine Reihe neuer

162 Marco Brociner, *Die Zukunft des deutschen Liberalismus*, Berlin 1879, S. 8–9.

163 Giorgio Colli/Mazzino Montinari (Hg.), *Friedrich Nietzsche, Nachgelassene Fragmente 1885–1887. Kritische Studienausgabe*. Bd. 12, Berlin/New York 1988, S. 532; vgl. Trutz Rendtorff, *Christentum*, in: GGB, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 772–814, hier S. 812–813.

164 Otto von Bismarck, *Rede vom 6. Februar 1888*, Friedrichruher Ausgabe, Bd. 13, 1930, S. 131.

165 Otto Ladendorf, *Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch*, Berlin 1906, S. 143; vgl. Jörg Fisch/Reinhart Koselleck/Ernst Wolfgang Orth, *Interesse*, in: GGB, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 305–366, hier S. 317–318 und 349.

Kompositbegriffe, welche die Erwartungen der Zeitgenossen hinsichtlich der Zukunft des Kaiserreichs verdeutlichten. Das reichte von Max Webers Forderung nach einer »deutschen Weltmachtpolitik« in seiner Freiburger Antrittsvorlesung von 1895 und dem Einsatz für eine »kraftvolle Wahrung deutscher Interessen auf dem Gebiete der auswärtigen und kolonialen Politik« bis zur kritischen Charakterisierung Preußen-Deutschlands unter Bismarck als Beispiel für »das klassische Versuchsfeld der imperialistischen Sozialpolitik«. ¹⁶⁶

Ganz anders wurde Interessenpolitik dagegen in innenpolitischen Kontexten eingesetzt. Hier wurde der Begriff zur sprachlichen Chiffre für eine neue Strategie zur Durchsetzung von sozialen und wirtschaftlichen Gruppeninteressen. Exemplarisch dafür war die Definition, die 1893 der Bund der Landwirte gab: »Wir müssen aufhören zu klagen, wir müssen schreien, dass es das ganze Land hört, wir müssen schreien, dass es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird [...] wir müssen Politik, und zwar Interessenpolitik, treiben [...] denn nur dadurch, dass wir rücksichtslose Interessenpolitik treiben, kann vielleicht die Existenz der heutigen Landwirte gerettet werden.« ¹⁶⁷ So reflektierte die Semantik von Politik am Ende des Jahrhunderts neben der Ausweitung staatlicher Funktionen und der Expansion von Machbarkeitsansprüchen gegenüber dem Staat vor allem die Pluralisierung konkurrierender und konfligierender Interessen.

IV. Ausblick: Politics: Who Gets What, When, How? – Semantiken des Politischen im 20. Jahrhundert

Verschiedene Tendenzen erscheinen für die Politik-Semantik im 20. Jahrhundert konstitutiv, die ihre Ursprünge im langen 19. Jahrhundert hatten, aber nach 1900 immer stärkere Kontur gewannen. Einerseits setzte sich die Ideologisierung der Politik und die damit verbundene Fragmentierung und Konflikt-

¹⁶⁶ Max Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*, in: Johannes Winckelmann (Hg.), *Max Weber, Gesammelte politische Schriften*, Tübingen ²1958, S. 23; *Berliner Erklärung der Nationalliberalen Partei*, Oktober 1898, in: Felix Salomon (Hg.), *Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt*, Leipzig 1919, S. 81–82; Georg Adler, *Die imperialistische Sozialpolitik. D'Israeli, Napoleon III., Bismarck*, Tübingen 1897, S. 36; vgl. Jörg Fisch/Dieter Groh/Rudolph Walther, *Imperialismus*, in: GGb, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 171–236, hier S. 177; Fisch/Koselleck/Orth, *Interesse* [wie Anm. 165], S. 359.

¹⁶⁷ Gründungsaufwurf des Bundes der Landwirte (1893), zit. nach: Fisch/Koselleck/Orth, *Interesse* [wie Anm. 165], S. 361–362.

rung eines Massenmarktes von ideologischen Positionen und sozialen Agenden fort. Damit hing die Ausweitung der Politik-Begrifflichkeit auf immer neue Lebensbereiche zusammen. Das zeigte sich exemplarisch an der Entstehung von Substantivierungen, insbesondere »Politisierung«, die diesen Prozess zum Ausdruck bringen sollten und an denen zugleich die kritische Wahrnehmung dieser semantischen Expansion erkennbar wurde. Wie die folgenden Beispiele aus der englischsprachigen Welt belegen, blieb diese Entwicklung keineswegs auf Deutschland beschränkt.

Bereits 1906 konstatierten Autoren der Zeitschrift *19th Century & after* in den Vereinigten Staaten: »In America the politicalisation can do more harm than elsewhere«. ¹⁶⁸ Dieser Prozessbegriff wurde gleichsam zu einer Chiffre des 20. Jahrhunderts, die durch die Rezeption der kritischen Soziologie seit dem Ende der fünfziger Jahre noch akzentuiert wurde. So betonte das *Times Literary Supplement* 1959 den von Marcuse geprägten Begriff der »externalization« or the »politicalization« of ethics. ¹⁶⁹ Die Eigendynamik dieses Prozessbegriffes reichte so weit, dass das naturwissenschaftliche Leitorgan *Nature* 1974 sogar von einer »politicalisation of research« sprechen konnte. ¹⁷⁰

Seit den dreißiger Jahren spiegelte sich in diesem Prozess auch die konfliktreiche Dichothomie ideologisch linker und rechter Weltdeutungen. Sprach die *Sun* 1935 von der »politicalization of the intellectuals« ¹⁷¹, konstatierte die *Partisan Review* 1947, dass »the ever-growing politicalization of intellectual life makes more and more difficult a disinterested political approach«. ¹⁷² Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges trafen unterschiedliche Reichweiten ideologisch vereinnahmter Politik-Begriffe aufeinander. Stuart Hampshire bemerkte 1959 in einem imaginierten Dialog zwischen einem Liberalen und einem Marxisten, der Liberale müsse verwundert erkennen, wie weit der vom Marxisten eingesetzte Politikbegriff reiche: »[the liberal] is startled to find that actions of his, to which he has never thought to attach a political significance, in his sense of »political«, are given a political significance«. ¹⁷³ Auch an anderen Ausdrücken wurde das Übergreifen von Politik in immer weitere Lebensbereiche und ihr jeweiliger Geltungsanspruch erkennbar. Dabei zeichnete sich frühzeitig eine kritische Einschätzung dieser Prozesse ab, so in einer zeitgenössischen Ein-

168 *19th Century & after*, November 1902, S. 733.

169 *Times Literary Supplement*, 5. Juni 1959, S. 330.

170 *Nature*, 1. März 1974, S. 1.

171 *Sun*, Baltimore, 19. Dezember 1935, S. 12.

172 *Partisan Review* 14 (1947), S. 485.

173 Stuart Hampshire, *Thought and Action*, London 1959, S. 196–197; vgl. Quentin Skinner, *Language and political change*, in: Terence Ball/James Farr/Russell L. Hanson (Hg.), *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge 1989, S. 14.

schätzung von 1937, »that in England the educated classes are politics-mad«. ¹⁷⁴ Gegen die Tendenz der Überdehnung des Begriffes versuchten Zeitgenossen bestimmte Lebensbereiche freizuhalten, so Arthur Koestler 1949: »The good, clean academic atmosphere acted like a disinfectant on our politics-infected minds«. ¹⁷⁵ Der *New Yorker* von 1985 konstatierte mit Erstaunen, dass es überhaupt noch publizistische Beispiele gäbe, die »politics-free to an amazing degree« seien. ¹⁷⁶

Parallel zu diesen Entwicklungen verlief die Karriere der anglo-amerikanischen *political science(s)* als demokratische Erziehungswissenschaft nach der Erfahrung von Faschismus und Nationalsozialismus und in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus während des Kalten Krieges. Für die grundlegenden Definitionen des Faches vor allem in den Vereinigten Staaten zeichneten deutsche Exilanten verantwortlich. Von hier aus wurden diese kritisch-emanzipatorischen Ansätze als Demokratiewissenschaft nach Deutschland exportiert, wo sich die Politikwissenschaft nach 1945 etablierte. Exemplarisch hat Karl Deutsch diesen wissenschaftlichen Politik-Begriff definiert, der sich an westlichen Wertressourcen und am Verhandeln von Interessen in modernen Massengesellschaften orientierte. *Politics* stand für einen wissenschaftlichen Anspruch, um der Gefahr ideologischer Manipulation zu begegnen:

»Politics [...] is a matter of facts and values, of self-interest and loyalties to others, of concern and competence. If it is true that men see most easily that which they wish to see, it is also true that in order to survive they often cannot do without the truth. It is the central concern for truth, for knowledge that can be verified, and for politics that work which turns the study of politics into a science and its practitioners into political scientists. Without this concern for evidence, politics remain a clash of opinions, pressures, power, propaganda, or mere force. With a concern for truth, politics can become a search for solutions and few discoveries, for new ways of working together and deciding our own fate.«

Hatte im 19. Jahrhundert die Kontroverse um »Interessen« die Semantik von Politik geprägt, ging es Deutsch um *politics* als Reservoir von Wertressourcen:

»Politics deal with the interplay of interests – the claiming and distribution of rewards, that is, of values. Different individuals and groups, or even countries, acting in politics and pursuing their interests may cooperate or compete in regard to the allocation of values. Indeed, politics has often been defined as the process by which values – things or relationships which people would like to have or to enjoy – in a manner that will stick and can be relied on – that is legitimate in the sense of fitting people's beliefs of right and wrong. A famous

174 William Butler Yeats, Brief vom 8. Februar 1937, in: Allan Wade (Hg.), William Butler Yeats, The Letters of W. B. Yeats, London 1954, S. 880.

175 Arthur Koestler, *Promise and Fulfilment: Palestine 1917–1949*, London 1949, S. 270.

176 *New Yorker*, 4. Juli 1985, S. 1.

book on politics by Harold D. Lasswell bore the title ›Politics: Who Gets What, When, How?«¹⁷⁷

Solche Reaktionen auf die semantischen Ideologisierungsschübe in der Politik-Begrifflichkeit, in denen sich die Politisierungserfahrungen seit dem späten 19. Jahrhundert spiegelten, waren keine angloamerikanische Besonderheit. Aber der symptomatische Vergleich zeigt auch charakteristische Unterschiede. Gerade in den äußerst kontroversen deutschen Politik-Diskursen des 20. Jahrhunderts verstärkte sich in der Reaktion auf die Problematik der Interessenpolitik der Versuch, durch wissenschaftlich-analytische Durchdringung und empirische Systematisierung zur Objektivierung des Politischen beizutragen. In diesen Kontext gehörte Max Webers Aufnahme von Machiavellis Prämisse, der die »Gesinnungsethik« in der praktischen Politik dispensiert habe. Webers Kommentar zu der von Machiavelli entwickelten Alternative zwischen dem Heil der Seele und dem Wohl des Vaterlandes leitete zu einer neuen analytischen Qualität und rationalen Bestimmung von Politik über:

»Wer Politik betreibt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er lässt sich [...] mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern [...] Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind.«¹⁷⁸

Im Gegensatz zu diesem Versuch, normative Begriffsbestimmungen zugunsten einer Verantwortungsethik des politisch Handelnden aufzugeben, stand in Deutschland die nach dem Erfahrungsbruch des Ersten Weltkriegs besonders vehemente Ablehnung eines mit vermeintlich westlichen Konnotationen versehenen Politik-Begriffs. Max Weber und Thomas Mann standen in diesem Sinne für antagonistische Erfahrungsdeutungen einer beschleunigten Wirklichkeit, deren Umbrüche mit den tradierten Semantiken nicht mehr zu erfassen waren. Genau das wurde in den konträren Versuchen, die Politik-Begrifflichkeit adäquat zu bestimmen, erkennbar. Mann stand dabei für die Verachtung des Geistes für die Politik:

»Die Politik macht roh, pöbelhaft und stupid. Neid, Frechheit, Begehrlichkeit ist alles, was sie lehrt [...] Ich will nicht die Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des

177 Karl W. Deutsch, *Politics and Government. How People Decide Their Fate*, Boston 1970, S. 7 u. 13–14.

178 Max Weber, *Politik als Beruf*, in: Winckelmann (Hg.), *Gesammelte politische Schriften* [wie Anm. 166], S. 545; vgl. Herfried Münkler, *Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz*, ND Frankfurt/M. 2004, S. 299.

gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt [...] Ich will nicht Politik. Ich will Sachlichkeit, Ordnung und Anstand«. ¹⁷⁹

Die Frage, wo Politik anfangen und aufhören, wurde in den zwanziger Jahren zu einer Leitfrage der politischen Publizistik. ¹⁸⁰ Wie in einem Brennglas verdichteten sich in diesen Kontroversen die Versuche der Zeitgenossen, auf gesellschaftliche Polarisierung und Instabilität Antworten zu finden. Aus der Sicht eines führenden Verfassungstheoretikers plädierte Rudolf Smend 1923 für eine genaue Differenzierung zwischen Verwaltung und Regierung, die einer »Entpolitisierung« der Exekutivspitze im Sinne von vermeintlich sachorientierten Experten vorzubeugen suchte. Allein der Regierung stehe eine Entscheidungsfreiheit zu, die sich vom bloßen Ermessensspielraum der Verwaltung unterscheide. Daher fiel für ihn »die Regierung [...] in den Kreis der Politik«. Smend unterschied entsprechend die »politische Regierung« von der lediglich »technischen Verwaltung«. ¹⁸¹

Grundsätzlicher und als Prämisse für eine anthropologische Bestimmung des Politik-Begriffs fiel die Argumentation von Carl Schmitt aus. Für ihn ging in seiner eigenen Gegenwart eine Epoche klassischer Staatlichkeit zu Ende, indem der Staat als Träger politischer Entscheidung entthront zu werden drohe. Die Friedensschaffung im Innern korrespondierte mit der Elimination der Feindschaft als Rechtsbegriff: »Im Innern eines solchen Staates gab es tatsächlich nur Polizei und nicht mehr Politik«. ¹⁸² Wurde in dieser Sicht Politik nicht durch Polizei ersetzt, war das Szenario eines Bürgerkrieges unausweichlich. Hier knüpfte Schmitt an die Hobbes'sche Alternative zwischen absolutem Staat und Bürgerkrieg an, während er den gewaltenteiligen Verfassungsstaat als veritable Alternative wie bei Smend nicht einmal mehr erwähnte. Die »eigentlich politische Unterscheidung« sei die »von Freund und Feind«. Sie gebe »menschlichen Handlungen und Motiven ihren politischen Sinn«, auf sie führten »alle politischen Handlungen und Motive zurück«, und sie ermögliche auch erst jene begriffliche Bestimmung, ohne die es keine Kriterien in den Formen,

179 Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918), Stockholmer Gesamtausgabe, Bd. 9, Frankfurt/M. 1956, S. 251ff.; vgl. Sellin, *Politik* [wie Anm. 11], S. 860 sowie den Beitrag von Jan Andres in diesem Band.

180 Vgl. Sabine Marquardt, *Polis contra Polemos. Politik als Kampfbegriff der Weimarer Republik*, Köln 1997.

181 Rudolf Smend, *Die politische Gewalt im Verfassungsstaat* (1923), in: ders., *Staatsrechtliche Abhandlungen*, S. 78–79 mit Anm. 48 u. 81; vgl. Volker Sellin, *Regierung*, in: *GGb*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 361–421, hier S. 418.

182 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*, Berlin 1963, Vorwort (1963), S. 10; vgl. Boldt/Conze/Klippel/Koselleck, *Staat und Souveränität* [wie Anm. 48], S. 92.

Prozessen und Inhalten der Politik geben könne.¹⁸³ Alle politischen Begriffe und Vorstellungen rekurrten, so Schmitt, auf diese Gegensätzlichkeit, deren »letzte Konsequenz« sich »in Krieg oder Revolution« äußere. Wenn aber das Politische auf das Paradigma von Freund und Feind zurückging und der Krieg die »äußerste Realisierung der Feindschaft« war, dann ließ sich die permanente Möglichkeit des Krieges argumentativ als Voraussetzung des Politischen selbst beschreiben: »Das Politische liegt nicht im Kampf selbst, der wiederum seine eigenen technischen, psychologischen und militärischen Gesetze hat, sondern in einer von der realen Möglichkeit eines Krieges bestimmten Situation und in der Aufgabe, Freund und Feind richtig zu unterscheiden«. Daher sei eine Welt, in der es gelänge, die »Möglichkeit eines Krieges« restlos auszuschließen, eine »Welt ohne die Unterscheidung von Freund und Feind und infolgedessen eine Welt ohne Politik«.¹⁸⁴

Schmitt formalisierte die bisher funktional und ideologisch konnotierten Gegensätze von Klassen und Völkern durch die Grundstruktur möglicher Gegensätze zwischen Freund und Feind und machte diesen Antagonismus zur Grundlage des Begriffes des Politischen. Aus dieser Formalisierung ergaben sich mögliche Thesen und Antithesen im Sinne symmetrischer Gegenbegriffe von Selbst- und Feindbestimmungen. Zumindest potenziell emanzipierte sich der Begriff des Politischen von tradierten Semantiken der Politik.¹⁸⁵

Eine weitestgehende Entgrenzung des Politik-Begriffes zeichnete sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland ab. Dessen Theoretiker präferierten ein autoritäres Staatsmodell. Dabei bezeichnete die Formel vom »totalen« Staat die immer weitergehende Mobilmachung der Gesellschaft für den Staat. Die aus dem langen 19. Jahrhundert tradierte Trennung zwischen Staat und Gesellschaft wurde zugunsten einer Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft aufgegeben. Sie führe »notwendig zu einer immer weitergehenden

183 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (1927), Hamburg 1933, S. 7; vgl. dazu Pasquale Pasquino, *Bemerkungen zum »Kriterium des Politischen« bei Carl Schmitt*, in: *Der Staat* 25 (1986), S. 385–398; Christian Meier, *Zu Carl Schmitts Begriffsbildung – Das Politische und der Nomos*, in: Heinz Quaritsch (Hg.), *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt*, Berlin 1988, S. 537–556; Ernst Wolfgang Böckenförde, *Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts*, in: ebd., S. 283–299; Ernst Vollrath, *Wie ist Carl Schmitt an seinen Begriff des Politischen gekommen?*, in: *Zeitschrift für Politik* 36 (1989), S. 151–168; Heinrich Meier, *Carl Schmitt, Leo Strauß und der »Begriff des Politischen«*. Erweiterte Ausgabe, Stuttgart 1998, sowie vor allem Wilfried Nippel, »Krieg als Erscheinungsform der Feindschaft«, in: Reinhard Mehring (Hg.), *Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar*, Berlin 2003, S. 61–70.

184 Schmitt, *Begriff* [wie Anm. 183], S. 13, 15–16 und 18.

185 Ders., *Der Begriff des Politischen*, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corrolarien, Berlin 1963; vgl. Reinhart Koselleck, *Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe*, in: ders., *Vergangene Zukunft* [wie Anm. 5], S. 258–259.

prinzipiell eigentlich unbeschränkbaren Kompetenz- und Machtausweitung des Staates, die gleichzeitig die totale Politisierung aller sozialen Lebensbereiche und -bezüge bedeutet«. ¹⁸⁶ Diesen synchronen Entgrenzungen entsprach eine diachrone durch den Zusammenfall von Geschichte und Politik: Die Lebensform des Staates sei, so Alfred Müller-Armack 1933, »die totale Mobilmachung, wie es Ernst Jünger genannt hat, die Einsetzung von allem und jedem an die Aufgabe der Volkwerdung. Es entsteht der totalitäre Staat, für den geschichtliches Leben und Politik eins sind«. ¹⁸⁷ Konträr zu diesen programmatischen Projektionen hielt Hitler selbst an einer tradierten Trennung zwischen Politik, Staat und Wirtschaft als Wirkungsbereichen des nationalsozialistischen Staates fest. Im Gegensatz zur marxistischen Idee der ökonomischen Struktur als Basis für den juristischen und staatlichen Überbau, müsse man die Wirtschaft zunächst, also bis zur Unterordnung unter ein Führerkommando, in privatkapitalistischer Form bestehen lassen. Eine interne Anweisung gab vor, »die gesamte Aktivität des Volkes auf das rein Politische abzulenken, weil die wirtschaftlichen Entschlüsse noch abgewartet werden müssen«. ¹⁸⁸

Nach dem Erfahrungsbruch des Zweiten Weltkriegs zeigten sich in westdeutschen Politik-Diskursen in vieler Hinsicht Parallelen zu den oben skizzierten angloamerikanischen Tendenzen. Die Expansion der Politik-Begrifflichkeit auf immer neue Lebensbereiche einerseits und die Gefahr der Verschleierung von bestimmten Strategien und Positionen andererseits schien die Kontur des Begriffes aufzulösen. Symptomatisch dafür war die Genese des Begriffes »Reformpolitik« seit den siebziger Jahren. 1977 diagnostizierte Günter Nonnenmacher, dass sich »Reform« seit Ende der sechziger Jahre zu einem Ausweis politischer und gesellschaftlicher Fortschrittlichkeit und zu einem Modewort aller Bereiche entwickelt habe, was sich zumal im Oberbegriff der »Reformpolitik« zeige: Hier werde der »Begriff »Reform« [...] so etwas wie die zentrale Achse des begrifflichen Verwirrspiels der Politik«. ¹⁸⁹

Eine letzte semantische Entwicklung kann hier nur angedeutet werden. Sie erscheint deshalb bemerkenswert, weil sie einerseits über die Grenzen des

186 Heinz O. Ziegler, *Autoritärer oder totaler Staat*, Tübingen 1932, S. 6–7.

187 Alfred Müller-Armack, *Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich*, Berlin 1933, S. 38; vgl. Boldt/Conze/Klippel/Koselleck, *Staat und Souveränität* [wie Anm. 48], S. 93; Rudolf Walther, *Terror, Terrorismus*, in: *GGB*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 323–444, hier S. 422, Anm. 512.

188 Adolf Hitler, Ministerbesprechung vom 15. März 1933, zit. nach Burkhardt/Oexle/Spahn, *Wirtschaft* [wie Anm. 44], S. 588.

189 Günter Nonnenmacher, *Reform – Schwierigkeiten einer Theorie der Praxis*, in: Peter Haungs (Hg.), *Res publica. Festschrift für Dolf Sternberger*, München 1977, S. 262; vgl. Wolgast, *Reform* [wie Anm. 138], S. 360.

tradierten Nationalstaates hinausweist und insofern Teil der Globalisierungserfahrung ist, andererseits zur Politik-Begrifflichkeit seit der Frühen Neuzeit zurückführt. Wiederum fungiert die Erfahrung und deutende Aneignung von Kriegen als entscheidender Katalysator für die Veränderung der Politik-Semantik. Während man 1965 die Bombardierung Nordvietnams durch amerikanisches Militär als »Politik aus der Luft« bezeichnen konnte¹⁹⁰, hat Reinhart Koselleck 2005 den Zusammenhang zwischen dem Ende des agonalen Kriegsmusters, der Wiederkehr des Bürgerkriegsparadigmas unter den veränderten Bedingungen des weltweiten Terrors sowie dislozierter Konflikte und der Umkehrung der Perspektive in der Politik-Begrifflichkeit diagnostiziert. Die »Umbenennung der pluralen, staatsgenerierenden Außenpolitik in »Weltinnenpolitik« sei nur ein Zeichen für die Verlagerung von lösungsbedürftigen Problemen: »Wo früher Kriege geführt wurden, werden jetzt Bürgerkriege entfesselt«.¹⁹¹

Der Wechsel von der semantischen Internalisierung der Politik als Regierungskunst im souveränen Staat in die Externalisierung von Politik war bereits zwischen 1792 und 1815 deutlich geworden, als Zeitgenossen wie Clausewitz auf die Ideologisierung des Krieges mit einem neuen Politik-Begriff reagierten. Transzendierte das Bürgerkriegsparadigma damals die Sphäre der einzelnen Nationen und Staaten in Europa, wird es heute zu einem globalen Phänomen. Damals wie heute löst die semantische Neuausrichtung nicht das Problem der Konflikt- und Gewaltdynamik. Die Umbenennung ist aber ein untrügliches Zeichen für krisenhaft veränderte Wahrnehmungsweisen und für die Verflechtung von Erfahrungen, die sich in der Suche nach neuen Begriffen niederschlägt. Diese Suche nach neuen Begriffen ist immer auch ein verlässliches Indiz für eine krisenhafte Übergangsepoche.

190 Adelbert Weinstein, Politik aus der Luft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. März 1965; vgl. Walther, Terror [wie Anm. 187], S. 438.

191 Reinhart Koselleck, Patriotismus. Gründe und Grenzen eines neuzeitlichen Begriffs (zuerst: 2005), in: ders., Begriffsgeschichten [wie Anm. 1], S. 218–239, hier S. 239.